10. Jahrgang. Nr. 13. Hamburg, 26. März 1904.

Deutsche Bäcker-Zeitung

Offizielles Organ des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg 23), Maxstraße 6.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Die Auflage dieses Blattes beträgt jetzt 10000 Exemplare!

Wir haben das neue Jahr begonnen mit 8200 Auflage und hat sich dieselbe also im ersten Quartal um 1800 Exemplare vermehrt. Kollegen! Helft alle mit, die Mitgliederzahl des Verbandes vergrößern, damit auch Euer Kampforgan „Deutsche Bäcker-Zeitung" in noch größere Kreise unserer Berufsangehörigen eindringen kann.

Die Redaktion.

Achtung! Kollegen Deutschlands!

In einer Anzahl deutscher Städte stehen uns schwere Lohnkämpfe bevor! Kaum rühren sich in diesen Städten die Kollegen, Forderungen zu formulieren, um ihre traurige Lage zu verbessern, da beginnen auch schon in Berlin und anderen Städten unter den arbeitslosen Kollegen die Streikbrecheragenten ihr schmutziges Gewerbe. Sie wollen sich für alle Fälle Streikbrecher werben, die bereit stehen sollen, nach jeder beliebigen Stadt transportiert zu werden, um dort ihren kämpfenden Kollegen als Verräter in den Rücken zu fallen!

Kollegen! Wer es ehrlich mit sich selbst und seinen Nebenmenschen meint, der gebe sich nicht dazu her, zum Verräter an seinen eigenen und unserer Kollegen Interessen zu werden!

Zeigt diesen Streikbrecheragenten, daß Ihr soviel Ehrgefühl und Klassenbewußtsein habt, um Euch nicht zu solchen schmutzigen Judasdiensten herabwürdigen zu lassen!

Statt dessen werdet und werbet Mitglieder und Mitkämpfer für unsern Verband, damit wir überall in den Kämpfen Sieger bleiben werden!

Der Verbandsvorstand.

Ein Notschrei der bayrischen Bäckermeister.

Zur Abwechslung wieder einmal bringt von Bayern aus der Schrei der Bäckermeister gegen die sie so schwer bedrückende Bäckereiverordnung vom 4. März 1896. In einer öffentlichen Sitzung der Handwerkskammer für Oberbayern war der gesetzliche 12stündige Normalarbeitstag der Bäcker Gegenstand längerer Verhandlung. Es mag fad und langweilig erscheinen, auf die von den Bäckermeistern vorgebrachten Einwürfe gegen die Bundesratsverordnung, die ebenso oft wie sie erhoben, auch widerlegt und auf ihre Richtigkeit zurückgeführt wurden, immer wieder einzugehen. Aber es ist schließlich allein schon deshalb notwendig, sie nicht unwidersprochen in die Welt hinausgehen zu lassen, weil sie immer wieder ein Spiegelbild der sozialpolitisch rückständigen Ansichten unserer Arbeitgeber sind, das für den späteren Geschichtsschreiber nicht unbedeutend ist, weil aus ihm sich dokumentiert, mit welchen Hindernissen und Schwierigkeiten die in unserem Gewerbe tätige Arbeiterschaft heutigen Tages zu tun hatte, und nicht zuletzt, wie mühevoll der Weg ist, den unsere Organisation wandeln muß, um unsere Kollegen von der schlimmsten Ausbeutung zu befreien. Nur noch in sehr wenigen Gewerben außer dem unsrigen, dürften zur Jetztzeit so mittelalterliche Anschauungen bei den Arbeitgebern anzutreffen sein; in vielen ist sogar in anerkennenswerter Weise ein Verständnis der Arbeitgeber für eine soziale Besserstellung ihrer Arbeiter und für sanitäre Verbesserungen der Betriebswerkstätten zu beobachten. Nur bei uns laufen die Unternehmer fortgesetzt Sturm gegen eine von der Reichsregierung erlassene Gesetzesbestimmung, die in ihren Vorschriften von jedem einigermaßen sozialpolitisch gebildeten Menschen für selbstverständlich und auch sehr gut durchführbar gehalten wird, dem Arbeiter aber lange nicht einmal das Mindestmaß von dem brachte, was er als Kulturmensch an die heutige Zeit zu stellen hat. So muß jeder Versuch unserer Unternehmer, die Regierung für ihre reaktionären Forderungen zu gewinnen, mit der gleichen Entschiedenheit von uns aus immer wieder bekämpft werden.

Betrachten wir uns daher einiges aus den Verhandlungen der bayerischen Handwerkskammer. Als Referent fungierte Herr Wiedmann. Einleitend wies er auf die wiederholten Petitionen der Bäckermeister und deren Korporationen gegen die Bundesratsverordnungen hin. Die Daten sind interessant genug, um auch hier kurz vermerkt zu sein. Bald nach Inkrafttreten der Bundesratsverordnungen vom 4. März 1896, wurde im Juni eine Massenpetition der Münchner Bäckermeister an den Bundesrat eingereicht; ein Gleiches tat die Handels- und Gewerbekammer, die auch noch ein Gesuch um Abschaffung der Bundesratsverordnung an die K. Regierung befürwortete, weiter schloß sich der Allgemeine Gewerbeverein München und der Bayerische Handwerkertag dem an. Noch im gleichen Monat beschlossen zwei Protestversammlungen der Münchener Bäckermeister die Einreichung von Bittgesuchen an die maßgebenden Stellen. Im Oktober 1897 sah sich durch das immerwährende Drängen der Bäckermeister das K. B. Ministerium veranlaßt, Erhebungen über die durch die Bundesratsverordnung angeblich entstandenen Schädigungen im Gewerbe anzustellen, die jedenfalls ein negatives Ergebnis hatten, denn bis heute ist darüber in der Oeffentlichkeit nichts verlautet. Am 15. Juni 1898 reichte der Bayerische Bäckerverband eine Eingabe beim Bundesrat, beim K. B. Staatsministerium sowie beim Ministerium des Innern ein. Am 27. Juni erhofften die Bäckermeister — wie der Referent mit einer gewissen Sehnsucht hervorhob — beim Zusammentritt der Kommission für Arbeiterstatistik, die eine achtstündige Ruhezeit für die Mühlenarbeiter festsetzte, daß auch das für das Bäckereigewerbe gelten sollte. Doch wieder große Enttäuschung, als die Regierung diesen gewaltigen Schritt nach rückwärts nicht machte! Am 13. September 1898 richteten die Vertreter sämtlicher Innungen Bayerns eine Eingabe an den Bundesrat. Endlich trat am 21. November des gleichen Jahres die große „Germania", die nach Angabe des Referenten damals 28 000 Mitglieder zählte, auf den Plan. Wie jedermann sieht, hat es an Versuchen unserer Unternehmer, die Regierung weich zu machen und den jetzigen 12stündigen Arbeitstag zu einem 14stündigen umzuformen, nicht gefehlt. Anscheinend wurde vor Jahren auch eine gewisse Einwirkung auf Regierungskreise damit erzielt, denn am 21. Januar 1899 erklärte Graf Posadowsky, daß „die Lösung die Fixierung einer Minimalruhezeit wäre". Anscheinend ist ja auch die deutsche Reichsregierung über ihr sozialpolitisches Vorwärtsstürmen erschreckt und hat z. B. im Gastwirtsgewerbe eine Bundesratsverordnung erlassen, die dem soeben zitierten Wunsche des Grafen Posadowsky entspricht. Weiter aber wurde auf den Verbandstagen der Bäckermeister-Innungen gegen die Verordnung resolviert und jetzt erst wieder hat sich die „Germania", der 995 Innungen mit 44 000 Mitglieder angehören sollen, an sämtliche Handwerkskammern mit der Bitte gewandt, für Milderung der Verordnung bei der Regierung einzutreten. — Ohne Unterbrechung werden die Behörden mit Petitionen bestürmt, um den Gehülfen diesen schon geringen gesetzlichen Schutz noch zu beschneiden. Wenn aber die Arbeiter so viele Hebel in Bewegung setzen würden und von Pontius zu Pilatus laufen würden, um ihnen nicht genehme gesetzliche Bestimmungen zu beseitigen, wie würde der gutgesinnte Pfahlbürger über die mit solchem Raffinement betriebene Agitation sich sittlich entrüsten! Gut wäre es daher, um nicht zu sagen: eine Pflicht der Regierung wäre es, an dafür maßgebender Stelle endlich zu erklären, daß dieser Liebe Müh' umsonst ist und an eine Rückwärtsrevidierung der Bestimmungen für die Bäckereibetriebe nicht zu denken sei. Wir halten das im Interesse des Ansehens der Regierung für erforderlich und sie würde auch damit vielleicht die zudringlichen Herren Bäckermeister mit ihren Wagenladungen von Petitionen verscheuchen. Halten wir es doch für vollständig ausgeschlossen, daß man in Regierungskreisen auch nur einen Augenblick daran denken könnte, eine Verlängerung der Arbeitszeit in Bäckereien zuzulassen, denn hier spricht ja nicht allein der Schutz der Bäckereiarbeiter gegen Gefährdung von Leben und Gesundheit, hervorgerufen durch die lange Arbeitszeit, sondern auch der Schutz des konsumierenden Publikums gegen Uebertragung von Krankheiten gegen ein solches Unterfangen. —

Natürlich war auch des Herrn Wiedmann Hauptargument gegen die jetzt bestehende Verordnung: Daß jeder andere Handwerker mit dem Glockenschlage seine Arbeit niederlegen könne, nur der Bäcker nicht. Ganz zutreffend ist diese Argumentation in der aufgestellten Behauptung schon nicht. Nicht jeder Arbeiter kann mit dem Glockenschlage seine Arbeit unterbrechen, aber er **muß** es. In großen Fabriken, wo hunderte von Arbeitern beschäftigt sind, verlassen diese mit dem Glockenschlage den Arbeitsplatz. In Gießereien z. B. wird auch nicht das flüssig gemachte Metall am Feierabend stehen gelassen, um es andern Tags zum Gusse nochmals zu schmelzen. Andere Handwerker, die mit Klebemittel wie z. B. mit Leim arbeiten, wissen es auch so einzurichten, daß sie nicht alle Tage eine viertel oder halbe Stunde über Zeit arbeiten müssen. Und wenn es jemals geschehen müßte, kommen die betreffenden Unternehmer dennoch mit dem Gesetze nicht in Konflikt. Auch die vielen Konsumbäckereien sollen bekanntlich mit dem 12stündigen Arbeitstag ganz gut auskommen; sie nützen ihn nicht einmal entfernt aus. Daß unsere sonst so schlauen Bäckermeister hinter dieses Geheimnis nicht kommen! Wir wollen es ihnen nochmals verraten: In geordneten Betrieben herrscht eine vernünftige Arbeitseinteilung und nicht eine solche Lotterwirtschaft, wie sie heute noch vielfach in unrationellen Kleinbetrieben der Bäckerei anzutreffen ist, wo der Arbeiter nicht weiß, wenn die Arbeitszeit beginnt und wenn sie aufhört, um welches Schwinden dieser „patriarchalischen" Zustände die Bäckermeister höchst betrübt sind.

Ferner aber betrachten Unternehmer in anderen Gewerben die mit den Arbeiterorganisationen vereinbarte **neunstündige** Arbeitszeit nicht als Minimalarbeitszeit wie unsere Arbeitgeber die zwölfstündige, sondern als Maximalarbeitszeit. Macht sich durch betriebstechnische oder durch Naturereignisse hervorvorgerufene Störungen des Arbeitsprozesses wirklich einmal eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig, so können die Unternehmer ihr Personal ruhig einige Zeit länger arbeiten lassen, ohne je mit dem Strafgesetz in Konflikt zu kommen. Das ist das Geheimnis. Könnten sich nur unsere Meister erst einmal dazu verstehen, wenigstens eine zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, die heute schon vielfach garnicht üblich ist und die für Arbeiterinnen in Deutschland demnächst voraussichtlich Gesetz wird, dann wird das „Denunziantenwesen der Gehülfen", über das die Herren heute so bewegliche und entrüstete Klagelieder anstimmen, sofort aus der Welt geschafft sein. An Arbeitskräften im Gewerbe fehlt es wahrhaftig nicht; gerade die übermäßig lange Arbeitszeit, die außer in den Berufen der Nahrungsmittelbranche sonst wohl nirgends anzutreffen ist, hat uns diese ungeheuere Reservearmee der Bäckereiarbeiter geschaffen.

Die Bäckermeister haben sich am wenigsten über gesetzliche Bedrückung zu beklagen; all die vielen Fabrikbetriebe stehen unter weit schärferer behördlicher Kontrolle, die gerade für die Bäckereien mindestens ebenso notwendig wäre.

In der erwähnten Handwerkersitzung versuchten die Mitglieder des Gesellenausschusses den Herren Meistern ihre unzutreffenden Ansichten klarzumachen, was natürlich durchaus mißlang und selbstverständlich auch nicht verhindern konnte, daß eine Resolution, die die Aufhebung der Verordnung vom 4. März 1896 verlangte, nicht angenommen wurde. In der Debatte selbst kamen von den Meistern eine solche Menge rückständiger Ansichten zum Vortrage, daß mit Widerlegung auch nur der hauptsächlichsten mindestens ein gleicher Raum in der Zeitung beansprucht werden müßte, wie mit dem Artikel hier. Daß ein Redner seine höchste Verwunderung über den Standpunkt des Gesellenausschusses aussprach, der sich nicht für den von den Meistern verlangten 14stündigen Arbeitstag erwärmen konnte, spricht außer der damit bekundeten Naivität allein Bände für die hinterwäldlerische Anschauung dieser Herren. Daß jede Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeiter zum lüderlichen Leben verführt, diese Weisheit gehört schon seit langer Zeit zu den „ollen Kamellen", wird aber durch die immerwährende Wiederholung deshalb nicht neuer. Sie ist so oft widerlegt, daß wir darauf verzichten, sie hier abermals zu widerlegen. Zur Erheiterung der Leser sollen sie aber hier mit dem Schlußwort des Referenten der bayerischen Handwerkskammer im Wortlaut folgen:

„Auch die Klagen über die Gesundheitsschädlichkeit in den Bäckereibetrieben seien vollkommen unbegründet. Es sei vielmehr statistisch nachgewiesen, daß der Gesundheitszustand der Angehörigen des Bäckergewerbes der beste ist, besser als in vielen anderen Gewerben. In den letzten Jahren hätten die Verhältnisse sich vielleicht etwas verschlechtert. Daran seien aber die Gesellen zum Teil selber schuld durch ihre Forderung auf Abschaffung der Kost beim Meister, die ihnen bewilligt wurde. Die Folge davon sei, daß die Gesellen jeden Tag im Wirtshaus sitzen und dort der Spielwut, die ja im Bäckergewerbe erschreckend herrsche, frönen. Bei Verlusten fehle es dann freilich oft an Geld zu warmem, kräftigem Essen, was sie früher von den Meistern bekamen. Aber die „organisierten" Gesellen wollten es so haben. Durch diese Verhältnisse, durch das stundenlange Spielen in den Wirtshäusern und unzweckmäßige Nahrung kommen die Bäckergesellen zum Teil körperlich herunter, nicht aber durch die Arbeit in der Werkstätte. Nur auf dem Lande gebe es noch kräftige Arbeiter, weil sie dort noch die ganze Verpflegung beim Meister haben. Das früher so schöne Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen sei durch diese Verordnung zerstört worden; wieder hergestellt oder wenigstens gebessert könne es nur werden durch eine Beseitigung oder Abänderung der Verordnung im beantragten Sinne."

Welchen Bildungsstand und welches körperliche Wohlbefinden gerade die kurze Arbeitszeit schafft, dafür dürften unseren Meistern Angehörige jener Berufe als Beweis dienen, die sich schon heute einer neunstündigen Arbeitszeit erfreuen. Daß es gerade diese ihren gutfundierten Organisationen zu verdanken haben, wissen unsere Mitglieder und sie werden denen nacheifern, auch wenn ihnen ein noch so reaktionäres Unternehmertum bei ihrer mühseligen Kulturarbeit hindernd im Wege steht.

Die sozialdemokratische Feuersbrunst und der sozialpolitische Spiritus.

Von Brutus.

Im Herbst des vergangenen Jahres fand auf dem Parteitage des liberalen Wahlvereins in Berlin eine Verschmelzung der Nationalsozialen mit der Freisinnigen Vereinigung statt. Die Anhänger Naumanns und Dr. Barths reichten sich die Hände, um eine neue Aera, die des Sozialliberalismus, in Szene zu setzen. Man sprach von einer Ehe zwischen dem sozialen und dem liberalen Gedanken. „Liberalismus und Sozialismus sind keine Gegensätze", so führte ein Redner aus. „Der Liberalismus hat nunmehr die neue Aufgabe übernommen, die rechtliche und politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger auch auf wirtschaftlichem Gebiete zur Wahrheit zu machen. Dazu brauchen wir die neuen Ideale, die die Nationalsozialen uns mitbringen. Was fehlte dem Liberalismus bisher? Das Stückchen Sozialismus, das er jetzt in sich aufnehmen will." In ganz demselben Gedankengange bewegte sich auch das Begrüßungswort, das der bekannte Sozialpolitiker Lujo Brentano an den liberalen Parteitag gerichtet hat. In dem betreffenden Artikel machte Brentano folgende Ausführungen: „Der Grundgedanke des Liberalismus beruht darin, einem jeden Menschen die Möglichkeit zu gewähren, seine Persönlichkeit zur größtmöglichsten Entfaltung zu bringen. Mit diesem Gedanken ist die neue Zeit der Gebundenheit des Mittelalters entgegengetreten; indem der Liberalismus diesen Gedanken verwirklichte, hat er die alte autoritäre Ordnung gestürzt. Der Gedanke, daß das Individuum in seiner innersten heiligsten Ueberzeugung sich keiner Autorität zu beugen habe, sondern allein der selbsterkannten göttlichen Wahrheit ist der Ausgangspunkt der gesamten modernen Bildungsperioden. Hieraus ist dann historisch, wie leicht begreiflich, das Streben nach politischer Selbstbestimmung erwachsen, sowie das Streben nach einer ökonomischen Ordnung, welche keinem die Bedingungen versagt, seine Anlagen und Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen. Somit ist der Kantische Satz, daß kein Mensch nur Mittel zum Zweck für anderes sein solle, der Gedanke, der den Liberalismus in seinen Anfängen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens geleitet hat; und nur da ist es zur Revolution gekommen, wo die herrschenden Gewalten, die Zeit verkennend, sich der Verwirklichung dieses Gedankens entgegensetzten. Der Gedanke der Freiheit für alle, ihrer Ueberzeugung unbehindert nachzuleben und ihre Persönlichkeit zur vollen Entfaltung zu bringen, ist die werbende Kraft gewesen, welche dem Liberalismus die Unterdrückten jeglichen Glaubens, jedweden Volkes, jedweder Rasse und Klasse zugeführt hat. Er war es, der eine Unsumme von Talent und Opferfreudigkeit, alles, was weitherzig und großdenkend war, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in die Reihen des Liberalismus geführt hat."

Wie wir alle wissen, hat es der Liberalismus leider nicht verstanden, seine freiheitlichen Ideen aus dem politischen Gebiete auf das wirtschaftliche Gebiet zu übertragen und sich den sozialen Forderungen der Neuzeit anzupassen. Die Folge davon war, daß er seinen Einfluß auf die Volksmassen verlor und heute nur noch ein Schattendasein fristet. Das eben war der verhängnisvolle Fehler des Liberalismus, daß er sich dem Kapitalismus in die Arme warf und sich als Schirmherr des Geldsacks der schwärzesten Reaktion verkaufte. Das muß anders werden, so sprechen die wenigen echten Liberalen, und die Nationalsozialen folgern, daß der Liberalismus diesen Fehler wieder gut machen müsse, wenn er seinen früheren Einfluß wiedergewinnen wolle. „Der Liberalismus muß arbeiterfreundliche Politik treiben" fordert Brentano. „Auf wirtschaftlichem Gebiete bieten sich ihm Aufgaben von zweierlei Art. Vor allem gilt es, alle Maßnahmen abzuwehren, welche die Staatsgewalt in den Dienst einzelner Erwerbszweige stellen, lediglich um diese auf Kosten anderer zu bereichern. Was aber die Arbeiter angeht, so gilt es nicht nur, alle Maßnahmen abzuwehren, welche deren fortschreitende Beteiligung an den Segnungen der Kultur zu behindern bezwecken, sondern auch alle positiven Bestrebungen und Organisationen anzuerkennen zu würdigen und wirksam zu unterstützen, welche dem alten Ziele des Liberalismus dienen, einem jeden die Möglichkeit zur vollen Entfaltung seiner Persönlichkeit zu schaffen." Und der Vorsitzende des liberalen Vereins, der Abgeordnete Schrader, sagte diesen [illegible] den Satz zustimmend: „Der Arbeiter muß in den Mittelpunkt der politischen Arbeit gestellt werden!"

Als wir damals jene begeisterten Worte hörten, sagten wir uns: „Alle Achtung vor den Absichten dieser sozialliberalen Idealisten — leider aber wird der Sozialliberalismus ein totgeborenes Kind bleiben!" Weniger als jemals ist die Masse der Liberalen heutigen Tages geneigt, arbeiterfreundliche Politik zu treiben und den liberalen Freiheits-, Gleichheits- und Brüderlichkeitsgedanken in die Praxis des Wirtschaftslebens umzusetzen. Mögen auch ein paar Ideologen und weltfremde Grübler dafür schwärmen, die liberalen Bourgeois, die „Züchter weißer Sklaven", wie man sie schon im Jahre 1848 nannte, lachen über die Zumutung, alle Maßnahmen zu unterstützen, die eine Hebung der Arbeiterklasse herbeiführen können. Man lese nur die wutschnaubenden Artikel der liberalen Zeitungen über ein in der sozialliberalen „Hilfe" erschienenes Gedicht in dem den Crimmitschauer Kapitalprotzen die Wahrheit gesagt wurde. Andererseits beobachte man die Abschwächungsversuche, die gemacht wurden, um dieses Gedicht als harmlos, gewissermaßen als eine poetische Entgleisung hinzustellen. Charakteristisch ist in dieser Beziehung auch ein Vorgang, der sich im Hamburger „Liberalen Verein" vor kurzem abgespielt hat. Auch dieser Verein hatte sich mit den Nationalsozialen verschmolzen und sogar ein paar von den neuen Freunden in den Vorstand aufgenommen. Daraufhin legte der bisherige Vorsitzende mit noch einigen anderen Vorstandsmitgliedern sein Amt nieder und begründete diesen Schritt in einem Schreiben, worin es heißt: „Als zuerst der Gedanke eines Anschlusses der Nationalsozialen an unseren Verein auftauchte, verliehen wir unsern Bedenken hiergegen deshalb den schärfsten Ausdruck, weil wir von jeher am ausgesprochensten auf dem den sozialistischen Bestrebungen aller Art diametral entgegengesetzten individualistisch-liberalen Standpunkte gestanden haben und noch stehen ... Es gelangten dann Herren in den Vorstand, die auf dem Barth-Naumannschen, also auf einem Standpunkt stehen, von welchem aus man glaubt, die sozialdemokratische Feuersbrunst durch sozialpolitischen Spiritus löschen zu können .... Alles was zur Erörterung dieser Vorgänge in diese Angelegenheit hineingetragen worden ist, kann nur zur Verdunkelung der Tatsache beitragen, daß — von dem Streit um die Staatsform abgesehen — zwischen den grundsätzlichen Bestrebungen des salonfähigen Sozialismus und denen der Sozialdemokratie nur ein Unterschied des Grades, nicht des Wesens besteht." Der Mann hat ganz Recht: Der individualistische Bourgeosliberalismus, der dem Grundsatz huldigt: „Jeder für sich und Gott für uns alle!" scheidet sich vom Sozialismus wie Feuer von Wasser; der kapitalistisch durchseuchte Manchesterliberalismus, der das „Recht auf schrankenlose Ausbeutung" als das heiligste Menschenrecht proklamiert, hat mit dem Sozialismus, der dem Grundsatz huldigt: „Der Mensch sei dem Menschen heilig!" nichts gemein.

Einen recht netten Beitrag zur „Vermählung des Sozialismus mit dem Liberalismus liefert auch die kürzlich stattgefundene Stichwahl in Eschwege-Schmalkalden zwischen einen Sozialdemokraten und einem erzreaktionären Antisemiten. Bei dieser Stichwahl gaben die dortigen liberalen Wähler den Ausschlag und zwar derartig, daß sie dem antisemitischen Kandidaten zum Siege verhalfen. Bei Sozialdemokraten, die ihre liberalen Pappenheimer kennen, wunderten sich hierüber nicht, die Sozialliberalen aber waren äußerst empört und hielten die Abstimmung für einen Verrat an den liberalen Prinzipien. Sie wiesen darauf hin, daß die Sozialdemokraten bei den Abstimmungen im Reichstage durchweg mit den entschieden Liberalen zusammengehen und daß es die erste Pflicht eines Liberalen sei, die Reaktion zu bekämpfen. Hieran knüpften sie die Forderung, daß die Liberalen bei Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten mit Reaktionären unter allen Umständen den sozialistischen Kandidaten unterstützen müßten. „Dies trifft aber erfahrungsgemäß für den größeren Teil der liberalen Wähler nicht zu," schreibt Eugen Richter in seiner „Freisinnigen Zeitung." Als Grund hierfür gibt er folgendes an: „Die Sozialdemokratie ist eben nicht bloß eine parlamentarische Partei, sondern in erster Reihe eine Klassenpartei, sie bezeichnet sich selbst als eine solche und greift von Parteiwegen ein in soziale und wirtschaftliche Verhältnisse, welche mit dem Reichstag und Fragen der Gesetzgebung nicht unmittelbar im Zusammenhang stehen. Die Sozialdemokratie bezeichnet sich selbst als eine Partei der Arbeiterklasse im Gegensatz zu den Arbeitgebern und Besitzern. Tatsächlich macht sich dieser Grundcharakter der Sozialdemokratie auch immer schärfer geltend im Arbeitsverhältnis. Der Handwerksmeister, der Landwirt, der Kaufmann und Unternehmer lernt die Sozialdemokratie näher und unmittelbarer kennen aus dem Auftreten seiner sozialdemokratischen Arbeiter, ihrer Streiklust, den Einwirkungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften auf das Verhältnis zu seinen Arbeitern, als aus der Lektüre von Parlamentsverhandlungen. Er sagt sich, daß ein Sieg der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen dieses Verhältnis noch weiter verschlechtern kann, den Uebermut der Gewerkschaftler, ihre Unduldsamkeit gegen anders gesinnte Arbeiter, den Terrorismus in der Werkstatt und auf dem Bauplatz, wie er sich schon vielfach geltend macht, zu steigern geeignet ist. Unter solchen Umständen muß auch jede noch so feierliche Aufforderung einer parlamentarischen Partei, bei der Stichwahl für die Sozialdemokraten zu stimmen, einflußlos bleiben. Sie entfremdet uns die betreffenden Kreise der liberalen oder freisinnigen Partei. Erfolg hat sie nur bei Personen, die fernstehen dem Erwerbsleben und den praktischen Fragen, die dasselbe mit sich bringt." In der Tat trifft Eugen Richter den Nagel auf den Kopf, wenn er behauptet, daß der Kampf der liberalen Bourgeoisie gegen den Sozialismus und die moderne Arbeiterbewegung weniger aus politischen als aus wirtschaftlichen Motiven hervorgeht. Der Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern, zwischen Besitzenden und Besitzlosen ist es, der den Klassenkampf immer mehr verschärft. In Geldsachen hört bekanntlich, nach einem Worte des Kommerzienrates Hansemann, die Gemütlichkeit auf und wenn es dem Unternehmertum an den Geldbeutel geht, so geht Liberalismus und Humanität, Freiheit und Recht zum Teufel. Weil der Sozialismus seine Aufgabe darin erblickt, die Arbeiterklasse in ihrem Ringen nach höherer Kultur, deren Grundlage höherer Lohn und kürzere Arbeitszeit ist, zu unterstützen, deshalb stimmen die liberalen Spießbürger lieber für einen Erzreaktionären, als für einen Sozialdemokraten. Die ganze große Kulturbewegung der Gegenwart verkleinert sich im Brennspiegel liberaler Betrachtungsweise zu einem Streit um den Profit. Diesem Profit zu Liebe wirft der Liberalismus alle Prinzipien über Bord und hält nur das eine Prinzip hoch: „Enrichissez-vous — bereichert euch!" Geld zusammenscharren und ein Wohlleben führen, die Arbeiter ausbeuten und den Polizeiknüppel küssen — das sind die Ideale des modernen Bourgeosliberalismus. Aber so sind diese Leute immer gewesen; wenn ihre Geldbeutelinteressen in Gefahr kamen, dann verließen sie die Fahne der Freiheit, duckten sich unter die Knute und leisteten der Reaktion Schergendienste; mit einem Lächeln der Befriedigung sahen sie zu, wie die Behörden der 50er Jahre vorigen Jahrhunderts die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats niederknüppelten und die Arbeiterorganisationen zertraten. Diese Leute, die an Stelle des Herzens den Geldsack sitzen haben, besitzen dann noch die Unverfrorenheit, diejenigen wahrhaft liberalen Männer, die eine arbeiterfreundliche Politik treiben wollen, zu verhöhnen und ihnen spöttisch vorzuwerfen, daß sie die sozialdemokratische Feuersbrunst durch sozialpolitischen Spiritus löschen zu können" glaubten. Das heutige Bürgertum, soweit es mitten im wirtschaftlichen Leben steht, ist eben mit Blindheit geschlagen; es huldigt einem kurzsichtigen Egoismus und merkt gar nicht, daß es auf einem Vulkane wohnt. Alle wohlgemeinten Warnungsworte einsichtiger Männer der eigenen Klasse schlägt es in den Wind; darum muß es auch sein Schicksal tragen, denn das alte Dichterwort hat auch noch heute Geltung: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit."

Bäckermeisterrache vor dem Gericht in Straßburg i. E.

Die Kollegen werden sich noch erinnern, daß im Monat Februar v. J. durch den Vorstand der hiesigen Zahlstelle geradezu grauenhafte Mißstände, die in einigen hiesigen Bäckereien herrschen, aufgedeckt wurden. Durch ein Flugblatt und auch durch eine öffentliche Volksversammlung, die vom Gewerkschaftskartell zu diesem Zweck einberufen wurden, bekam die hiesige Bevölkerung Kenntnis hiervon. Eine große Aufregung herrschte unter der hiesigen Einwohnerschaft, speziell aber unter der Arbeiterschaft, was jedenfalls natürlich erscheint, wenn man bedenkt, daß letztere als hauptsächlichste Konsumentin des Brotes in Betracht kommt, deshalb an der Herstellung desselben begreiflicherweise auch sehr interessiert ist. In der oben erwähnten Versammlung haben sich die hiesigen Bäckermeister eine böse Blamage geholt, die Herren waren nicht in der Lage, auch nur in einem einzigen Falle die Unwahrheit der Behauptungen des Vorstandes unserer Zahlstelle nachweisen zu können. Man mußte also die Schweinereien, die in einigen Bäckereien aufgedeckt und an die Oeffentlichkeit gebracht wurden, unumwunden zugeben. Dagegen schimpfte man tüchtig, nannte unseren Vorstand „Hetzer", „bezahlte Agitatoren u. a. m. Wir begreifen den Aerger dieser Herren! Es ist peinlich, wenn man so lange Jahre hindurch, ohne gestört zu werden, den oder die Gehülfen nach recht kapitalistischem Muster ausbeuten und das hauptsächlichste Konsummittel des Arbeiters, ohne Rücksicht auf Sauberkeit, herstellen konnte und nun auf einmal entlarvt und vor der Oeffentlichkeit gebrandmarkt wird.

Der Bäckermeister Bahl, welchem ebenfalls solche Schweinereien nachgewiesen wurden, suchte sich nun an unseren Kollegen Otto Wanner, der damals bei Herrn Bahl beschäftigt war, auf eine sehr bezeichnete Art und Weise zu rächen. Herr Bahl ist zum Kadi gelaufen und hat gegen unseren Kollegen Anklage wegen Unterschlagung und Sachbeschädigung erhoben. Die Klage kam heute — also nach einem Jahre — vor dem hiesigen Schöffengericht zum Austrag. Die Anklage lautet auf Unterschlagung in einem Falle von 1.20 ℳ und in einem anderen Falle von 42 ₰. Ferner Sachbeschädigung durch Zerstören einer Katze und einer Leiter. Entfremdend war, daß Herr Bahl nicht als Ankläger, sondern als Zeuge erschien und somit den Zeugeneid leistete. Das Gericht sprach unseren Kollegen frei. Was die Sachbeschädigung anlangt, hatte Herr Bahl es vorgezogen, überhaupt keinen Strafantrag zu stellen und was die angebliche Unterschlagung von 1.20 ℳ und 42 ₰ betrifft, konnte hierfür ein Beweis auch nicht im entferntesten erbracht werden. Der unsaubere Plan des Herrn Bahl, unseren Kollegen in moralischer Beziehung bloßzustellen, ging also elendiglich zu Schanden. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: „Der Gedanke eines Racheaktes liege in bezug auf die Anklage sehr nahe." Herr Bahl mußte auch zugeben, daß er unseren Kollegen veranlassen wollte, die in der hiesigen „Freien Presse" aufgedeckten Mißstände wieder zurückzunehmen. Nur wollte er die Worte: „Er wolle sich rächen", wenn dies nicht geschieht, nicht gebraucht haben. Es sei dem wie ihm wolle, Tatsache ist jedenfalls, Herr Bahl hat mit der Anklage das Gegenteil bezweckt von dem, was er bezwecken wollte! Nicht unser Kollege, sondern er ist der moralisch Gebrandmarkte. — Noch eins. Es wäre vollständig falsch, wolle man annehmen, die Bäckereimißstände wären durch die Veröffentlichungen im Februar l. J. vollständig verschwunden. Unsere Kollegen, die damals so unerschrocken einige schauderhafte Mißstände und Schweinereien an die Oeffentlichkeit brachten, sind leider nicht mehr hier. „Fort sind die „Wühler"; der „Friede" ist wieder eingekehrt und wir können ungeniert drauf loswursteln", so können die Straßburger Bäckermeister ausrufen, und mit Recht. Die hiesigen Bäckergehülfen leben in einer geradezu bewunderungswürdigen Stumpfsinnigkeit und Schlafmützigkeit dahin. Wohl in keinem größeren Orte Deutschlands hätten die Gehülfen zur Unzufriedenheit mehr Anlaß, als wie gerade hier. Oder ist es eine Wohltat, 14—18 Stunden täglich bei einem Lohn von 5—8 ℳ wöchentlich zu schuften? Und dann die sanitären Mißstände und die manchmal geradezu barbarische Behandlung! Wollen die Straßburger Bäckergehülfen sich nicht endlich aus dem Joch des Arbeitssklaven herauswinden? Seid Ihr denn nicht ebenfalls Menschen wie alle anderen gewerblichen Arbeiter und habt als solche das Recht zu verlangen, menschenwürdig beschäftigt, entlohnt und behandelt zu werden? Zweifellos habt Ihr dieses Recht; aber Ihr müßt es Euch erst erkämpfen, wie alle anderen gewerblichen Arbeiter auch. Und dieser ideale Kampf um die Erringung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen wird durchgekämpft vom Verband der Bäcker Deutschlands. — Bäcker Straßburgs! Aufgewacht aus Eurer Lethargie, schließt Euch samt und sonders dem deutschen Bäckerverbande an, und die Zeiten, der willkürlichen Ausbeutung Schranken zu setzen, werden dann nicht mehr allzu fern sein.

F. G.

Aus unserem Berufe.

Beleidigter Bäckermeister. Aus Gießen wird uns geschrieben: Gelegentlich einer Volksversammlung, die vor kurzem in dem Nachbarorte Heuchelheim tagte und in welcher man die sanitären Zustände in den Bäckereien und die Maßregelungspläne der Gießener Bäckerinnung besprach, wurden auch u. A. die Schlafzimmer-Mißstände des Gesellen der Bäckerei Weber in Heuchelheim einer scharfen Kritik von Seiten des Kollegen Dörr unterzogen. Herr Weber sen. fühlte sich dadurch beleidigt und ließ — trotzdem Herr Weber junior in der Versammlung zugegen war und sich nicht einmal zum Worte meldete, um die Behauptungen des D. zu entkräften — letzteren zum Sühnetermin vor den Schiedsrichter laden. Auch hier hielt D. seine Aussagen aufrecht und gab Herrn W. den guten Rat, gerichtlich zu klagen. Dieser aber zog es vor — jedenfalls hat er sich geschäftlich schon genug geschädigt — die Kosten zu zahlen und von einer Klage Abstand zu nehmen, die ihm voraussichtlich auch nichts genützt hätte. — Das bekannte Lied: „Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen!"

Als lästiger Ausländer ausgewiesen wurde unser Mitglied Isaak Wochenmark in Elberfeld. W. wurde im November vorigen Jahres Verbandsmitglied in Ronsdorf und widmete sich auch zugleich erfolgreich der Agitation in jenem Orte. Nach einer stattgefundenen Besprechung erhielt die Polizeibehörde Kenntnis davon und hielt sogar die Kollegen auf der Straße an, um zu erfahren, was W. in jener Besprechung gesprochen habe. Gleich darauf wurde ihm auch von seinem Meister unter Bedauern und Anerkennung seiner pflichttreuen Arbeitsleistung gekündigt. In Elberfeld kursierten darauf auch die Gerüchte, daß W. ausgewiesen sei. W. wußte jedoch nichts davon, nur, daß er von der Polizei einem Verhör unterzogen wurde. Als nach all diesen Umständen aber ein Ausweisungsplan zu befürchten war, wartete W. die Kündigung nicht erst ab, sondern verließ sofort die Stelle, meldete sich auf Wanderschaft ab, um so der Polizei erst aus dem Gesichtskreis zu kommen. In Elberfeld erhielt er wieder Arbeit und wurde auch einstweilen nicht von seinem Meister angemeldet. Die Polizei ermittelte ihn aber trotzdem und verwies ihn aus dem preußischen Staatsgebiet. Auf seinen Wunsch wurden ihm 21 Tage Frist gewährt. W. ist österreichischer Staatsangehöriger, ist aber schon sein ganzes Leben lang mit seinen Eltern in Preußen, letztere sind in Hannover. So verfährt unsere Polizeibehörde mit Kollegen, die sich zum Zwecke der Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse der gewerkschaftlichen Organisation widmen. Der preußische Staat ist nun wieder gerettet und an Stelle dieses einen harmlosen Agitators dürften durch eine solche Ungerechtigkeit wieder ein ganzes Dutzend neue treten. Nur schade, daß man auch die lästigen Preußen nicht ausweisen kann.

Die Einigung der deutschen Bäckerinnungsverbände. Eine Gesamtvorstandssitzung des freien deutschen Bäckerverbandes fand am Mittwoch, den 9. März, vormittags 10 Uhr, im „Storchen" in Frankfurt a. M. statt. An derselben nahmen die Gesamt-Vorstandschaft, sowie eine Abordnung des Germania-Verbandes, bestehend aus den Herren J. Bernard-Berlin, A. Böhme-Leipzig und D. Blinckmann-Hamburg, teil. Zweck der Sitzung war, gemeinsam die Schritte zu beraten, welche geeignet erscheinen, eine Verschmelzung der süddeutschen Verbände mit dem Germania-Verband anzubahnen, und damit namentlich die Vorstandschaft des freien deutschen Bäckerverbandes in der Lage ist, diesen wichtigen Punkt auf die Tagesordnung für den Zentral-Verbandstag in Mannheim setzen und damit einer bei vielen Mitgliedern des Verbandes vorhandenen Strömung, die auf eine Vereinigung hinausläuft, gerecht werden zu können. Nach mehrstündiger Beratung wurde zu gegenseitiger Zufriedenheit eine in jeder Hinsicht glückliche Lösung der Frage gefunden, so daß einer Verschmelzung keinerlei Hindernisse mehr im Wege stehen dürften. — Dieser Meldung der Innungspresse wollen wir nur hinzufügen, daß es uns nur angenehm sein kann, wenn auch die „freien deutschen" Bäckermeister mit in dem großen reaktionären Germaniatopf aufgenommen sind, denn ihre bisherige Firma war ja doch nur Hohn über ihre reaktionäre Tätigkeit.

Betrügerischer Bankrott eines Bäckermeisters vor dem Schwurgericht Chemnitz. Dieses Delikt lag der Anklage zu Grunde, die sich gegen den Bäcker Eduard Bruno Czaska aus Kappel-Chemnitz richtete. Der Angeklagte ist am 10. Mai 1875 geboren und wurde im Jahre 1900 mit Hülfe seiner Mutter in Chemnitz selbständig. Am 26. September 1902 wurde der Konkurs über sein Vermögen eröffnet, nachdem er Chemnitz zwei Tage vorher heimlich verlassen hatte. Die Anklage legte ihm zur Last, daß er bei seinem Weggange von Chemnitz etwa 800 M bares Geld mitgenommen habe, um die Konkursmasse zu schädigen. Das Letztere bestritt der Angeklagte entschieden; auch habe er nur 481.60 M mitgenommen, die er an diesem Tage erst für gelieferte Backwaren bei der Kassenstelle des Allgemeinen Konsumvereins erhoben habe. Sein Geschäft, das erst leidlich gegangen, sei durch seine Ehefrau, die ihn überall „schlecht gemacht" und ihren Verwandten Zuwendungen in bar und in Waren gemacht habe, immer mehr heruntergekommen; er sei in Schulden geraten und habe schließlich, als er dahintergekommen sei, daß seine Ehefrau mit dem Gesellen unerlaubten Verkehr gepflogen habe, den Kopf verloren und keinen anderen Ausweg mehr gewußt, als die Flucht. Für diese gegen seine Ehefrau geschleuderten Vorwürfe hatte der Angeklagte keinen einzigen Beweis, selbst die von ihm benannten Zeugen ließen ihn im Stich. Diese gab an, daß ihr Mann sich wenig ums Geschäft gekümmert habe, daß er nächtelang außer dem Hause verbrachte und in lustiger Gesellschaft die Taler springen ließ; ferner, daß er sie als Ehefrau schmählich hintergangen habe. (C. ist vor kurzem vom hiesigen Landgericht wegen Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 176 zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden). Am 24. September 1902 habe er sie — aller Barmittel entblößt — böswillig verlassen. Für fällig werdende Wechsel seien über 300 M in der Kassette gewesen; diese und den vom Konsumverein erhobenen Betrag habe er mit sich genommen. Während der weiteren Vernehmung der Zeugin über ihr Eheleben mit dem Angeklagten und des letzteren Beschuldigung gegen sie wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage und verneinten die Frage nach mildernden Umständen nach dem Antrage des Staatsanwalts Dr. Poller. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Großer, hatte sich besonders für Bejahung der Frage nach mildernden Umständen verwendet. Dem Wahrspruch der Geschworenen entsprechend wurde C. wegen betrügerischen Bankrotts zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und vierjährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt. Von der Freiheitsstrafe wurde ein Monat als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet.

Was die Polizeibehörde in Brieg in Schlesien als eine Versammlung ansieht! Angeklagt, sich gegen die geheiligte „Ordnung" vergangen zu haben, kamen am 17. März zwei „Altgesellen" auf die Anklagebank. Ihre „Sünde" ist die folgende: Der Gauleiter des Bäckerverbandes, Genosse Zigon-Breslau, war am 28. Januar nach Brieg gekommen, um sich mit seinen Kollegen zu beraten, ob in Brieg in absehbarer Zeit eine Versammlung der Bäckergesellen stattfinden könnte, um auch hier die traurigen Arbeitsverhältnisse im Bäckergewerbe möglichst zu verbessern und die Kollegen zum Zusammenschluß in ihrem Verband aufzufordern. Diese harmlose Besprechung, an der insgesamt sechs Brieger Bäcker teilnahmen, sollte nun eine „Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden", gewesen sein! Der Grund zu dieser famosen Anklage liegt in einer großen Unvorsichtigkeit — wir wollen nicht sagen Dummheit — durch welche ein Schreiben des Genossen Zigon der Polizei in die Hände fiel! Die Betreffenden werden es sich zur Warnung dienen lassen! Also: Der „Altgeselle" Zigon-Breslau, sowie der „Bäckeraltgeselle" von Brieg, komischerweise noch zwei ganz junge Männer, standen heut auf der Anklagebank, weil sie eine Versammlung abgehalten hätten, ohne dieselbe polizeilich anzumelden. Als einziger Zeuge war seltsamer Weise der Wirt des „Schlössel", allwo die schaurige Moritat verbrochen wurde, geladen. Sonst pflegt man gewöhnlich den Lokalinhaber mit anzuklagen wegen „Duldung einer nicht gemeldeten Versammlung" usw. Aber warum soll es denn nicht auch einmal anders sein? In Brieg ist bekanntlich manches möglich!

Die Angeklagten erklärten, daß die Zusammenkunft nur eine private Besprechung, aber keine „Versammlung" im Sinne des Gesetzes gewesen sei. Dasselbe bestätigte auch der Zeuge, Herr Plaschke. Es sei an dem betreffenden Nachmittag ein ihm unbekannter Mann in sein Lokal gekommen, der sich einen Schnitt Bier bestellte; nach einiger Zeit hätten sich dann noch einige Herren eingefunden, die, wie aus der Unterhaltung zu entnehmen, Bäcker waren und sich über ihre Arbeitsverhältnisse und Verbandsgeschichten unterhielten. Wiederholt wird an den Zeugen die Frage gestellt, ob Zigon „längere Zeit" zu seinen Kollegen, also sozusagen eine „Rede" gehalten haben! Herr Plaschke erklärte, daß er ab und zu gegangen sei und nicht alles gehört habe, zwar habe Zigon zu seinen Kollegen über die Verhältnisse im Bäckergewerbe gesprochen und über Verbandsangelegenheiten, aber daß eine eigentliche „Rede" gehalten wurde, sei unmöglich, da ihm dies doch hätte auffallen müssen. Der Amtsanwalt beantragt gegen jeden der Angeklagten 15 M Geldstrafe event. fünf Tage Haft, da sei zweifellos das Gesetz umgangen sei. Dies bestreiten die Angeklagten entschieden und beantragen ihre Freisprechung. Nach kurzer Beratung erkennt das Gericht auf Freisprechung, die Kosten sind der Staatskasse auferlegt. Gründe: Den Angeklagten wird Glauben geschenkt, daß es sich nur um eine Vorbesprechung, aber nicht um eine eigentliche Versammlung handelte!

Wozu der ganze Prozeß? Warum beschäftigt man wegen solcher Lappalien erst die Gerichte und macht der Staatskasse unnötige Kosten? Na uns kann es nur recht sein, nur zu! Wir halten es aus!

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Am 20. März tagte in **Barmen** eine öffentliche Versammlung mit dem Thema: „Barmer Gesellen-Verein oder Deutscher Bäckerverband als Vertreter der Interessen der Barmer Bäckergesellen". Kollege Fischer als Referent bemerkt einleitend, daß das Verhalten der Leiter des Gesellenvereins in den früheren Versammlungen uns zur Erörterung dieses Themas veranlaßt habe. Jenes Verhalten müsse scharf getadelt werden, umsomehr, wenn man betrachte, wie die Meister jetzt die im Kampfe stehenden Kollegen durch das berüchtigte Streikbrecher-Versandbureau zu unterdrücken versuchen. Sie sind hierbei ohne Rücksicht auf die politische oder religiöse Ansicht des Einzelnen einig. Genau so, wie diese, dürfen wir uns nicht durch irgend etwas trennen lassen. In der Erkämpfung besserer Lebensverhältnisse müssen wir einig sein. Früher haben jene Kollegen stets bestritten, daß in Barmen überhaupt etwas zu verbessern sei. Heute, wo man fürchtet, bei dieser Leugnung seine Anhänger zu verlieren, gebe man schon zu, daß auch in Barmen, wie wo anders, Mißstände bestehen, dafür aber suche man die Kollegen mit dem roten Lappen zu verscheuchen. Auch dieses Mittel werde nicht lange mehr den Einzug der Erkenntnis aufhalten. Die Tendenzen beider Vereine haben nichts mit einander gemein. Ihre Kollegialitätspflege würde durch uns unberührt bleiben, dafür verlangen wir aber, daß sie sich auch uns gegenüber passiv verhalten, wenn sie eine Gemeinschaft nicht für möglich halten. Wir wollen keinen Bruderkrieg, wenn jene Kollegen aber nicht die gleich Stellung einnehmen, dann seien wir gezwungen, ihr schädliches Treiben zu brandmarken und wer dabei den kürzeren ziehe, das zeigen unsere jüngsten Erfolge in Barmen, wo heute schon über 20 Mitglieder beschäftigt sind. Kollege Kaiser vom Gesellenverein gibt zu, daß es in manchen Bäckereien schlecht bestellt ist. Wem das aber nicht passe, der möge doch auf solche Stelle nicht arbeiten. Jeder sei sich selbst der nächste und wir wollen alle noch einmal Meister werden, durch unsere Bestrebungen würde aber das Kleingewerbe vernichtet. Alsdann verlas er einen Artikel des christlichen Gewerkschaftsblattes, der von A bis Z gegen den Kollegen Kasting, der den Christlichen schwer im Magen zu liegen scheint, gerichtet war. Selbstverständlich war Kasting nach diesem Artikel ein ganz gemeines Subjekt, der nur Lügen verbreitet. Er bestreitet die Politik im Verbande und in Leipzig und anderen Städten haben die Zahlstellen 100 und mehr Mark zum sozialdemokratischen Verband gegeben. U. a. habe sich Kasting in Münster als christlicher Agitator ausgegeben. Dieser Artikel war für Kaiser die reine Wahrheit. Das Schicksal hatte aber einen Kollegen aus Münster in die Versammlung hineingeführt, der diese Behauptung als eine Unwahrheit erklärte und somit Kaiser mitsamt seinem Artikel blamierte. Auch Kollege Deidenbach sprach sehr viel und sagte nichts. Ein Kollege meinte, die Barmer Gesellen haben eine Fachschule schaffen wollen, das sei richtig, sie sollten aber nur recht viel hineingehen, damit sie mehr Grütze in den Kopf hineinbekämen. Nachdem noch eine Anzahl Redner von beiden Seiten gesprochen ha ten, wurde eine Resolution mit 50 Stimmen angenommen (während ca. 20 Gesellenvereinler sich der Stimme enthielten), die den Deutschen Bäckerverband als Interessenvertreter auch der Barmer Kollegen anerkennt und die Kollegen auffordert, sämtlich demselben als Mitglieder beizutreten. Der Gesellenverein scheint vor dem unaufhaltsamen Vordringen des Verbandes bei dem christlichen Verband Rettung suchen zu wollen. War Schmitz doch gar schon einmal in ihrer Versammlung. Auch erzählt man sich, man wolle die Meister um 50 M Unterstützung angehen. Ob man hiermit Agitation für den christlichen Verband treiben will? Das täte aber hübsch passen!

In **Berlin** fand am 8. März die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Genosse Bartheis hielt einen Vortrag über Heinrich Heine und seine Dichtungen. Unter „Verschiedenes" wurde von seiten des Kollegen Barth erörtert, daß der Verband voraussichtlich in diesem Jahre in den verschiedensten Orten in Lohnbewegungen eintreten wird. Sollte es daselbst zum Streik kommen, so wird zu erwarten sein, daß das von der Innung „Germania" gegründete Streikbrecher-Versandbüreau, an dessen Spitze ein Herr Dr. Westphal steht, in Funktion treten wird. Da aber leider feststeht, daß die meisten Streikbrecher immer aus Berlin kommen, so haben wir die Pflicht, schon heute alle gebotenen Maßnahmen zu treffen, dieser Innungsmache entgegenzutreten. Zu diesem Zweck werden die Kollegen aufgefordert, alle Verkehrslokale und Bäckerschlafstellen zu melden. Auch werden der Hauptvorstand und die betreffenden Mitgliedschaften aufgefordert, die Berliner Bäcker rechtzeitig von etwaigen Bewegungen in Kenntnis zu setzen, damit in diesen Schlafstellen Flugblätter mit der Warnung vor Streikbruch verteilt werden können.

In **Elberfeld** tagte am 20. März eine Versammlung der Brotfabrikbäcker, um sich mit der in den Fabriken herrschenden Uneinigkeit unter den Kollegen zu beschäftigen. Kollege Kasting erklärte einleitend, in welcher Lage sich die Bäcker in den Brotfabriken befinden, wie sie durch diese zu Proletariern im wahrsten Sinne des Wortes geworden seien, wie die Fabrikanten ihre Interessen zu vertreten wissen und wie die Kollegen, die zum übergroßen Teil an ein Selbständigwerden nicht mehr denken könnten, ein noch viel höheres Interesse daran hätten, durch Zusammenschluß auch ihre Interessen gemeinschaftlich zu vertreten und sich auch als Arbeiter eine menschenwürdige Existenz zu erkämpfen. Angesichts dieser so einfach verständlichen Notwendigkeit sei es ihm unbegreiflich, wie in einigen Fabriken eine so große Uneinigkeit möglich sei, wie sich Kollegen zu den erbärmlichsten Verräterdiensten an ihren Kollegen von den Unternehmern gebrauchen lassen. An dem Beispiel der Einigkeit der Kollegen in den Remscheider Brotfabriken müßten nun auch endlich die Elberfelder Kollegen zu der Einsicht kommen, daß ihre Bundesgenossen ihre Nebenkollegen und ihre wirtschaftlichen Gegner die Fabrikanten seien. Als Beweis dafür, welche Blüten die Uneinigkeit bereits gezeitigt habe, verlas er folgendes anonymes Schreiben:

„Geehrter Herr Borlinghaus!

Am Sonntag, den 20., morgens 10 Uhr, ist Bäckergesellenversammlung bei Geiger, Neustraße, wo Ihr Meister Michel reden wird über Verhältnisse der Remscheider Brodfabriken, dieses diene Ihnen, damit sie auch teilnehmen."

Mit einem allseitigen Pfui wurde dieses Meisterstück kollegialischer Gemeinheit aufgenommen. In der Diskussion, die sehr lebhaft war und in der auch einige der schurkischen Spiondienste zur Sprache kamen, wurde als Autor obigen Briefes ein Meister einer größeren Elberfelder Brotfabrik vermutet. Scharf kritisiert wurde auch, daß bei Kagermann, der Lieferant der Konsumvereine sei, kein einziger Kollege organisiert sei; man müsse von den Konsumvereinen fordern, daß sie ihre Waren dorther beziehen, wo organisierte Kollegen beschäftigt seien, event. mit einem Unterstützungsgesuch an die Gewerkschaftskartelle in Elberfeld und Barmen herantreten. 12 Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

In **Hamburg** fand am 17. März eine öffentliche Versammlung statt. Den Bericht des Ausschusses resp. den Jahresbericht der Bäckerinnung zu Hamburg erstattete Liescher. Der Bericht falle in diesem Jahre ziemlich mager aus, da die Innung im verflossenen Jahre fortwährend versuchte, den Ausschuß beiseite zu schieben, indem sie bald diesen bald jenen aus dem Ausschuß herausdrängen wollte, und bei ausstehenden Entscheidungen der Aufsichtsbehörde den Gesellenausschuß zu keiner Sitzung heranzog. Im großen und ganzen habe sich der Ausschuß mit Beschwerden zu beschäftigen gehabt. Feschner erhielt trotz langen Feierns vom Innungssprechboten keine Arbeit nachgewiesen, weil er nicht im Innungshause logierte. Eines Tages hörte er, an der Schänke des Innungshauses stehend, wie das vom Sprechboten nach dem Innungswirt gehende Haustelephon anklingelte. Da ihm bekannt war, daß bei solchem Signal der Wirt beauftragt wurde, denjenigen Arbeitslosen ins Sprechbüreau zu schicken, der am dicksten an der Kreide saß, wußte er sich zu helfen, um Arbeit zu erlangen. Er begab sich zum Sprechboten unter der Angabe, vom Herbergswirt geschickt zu sein, und erhielt Arbeit zugewiesen. Kaum war nun Fechner in den Besitz des diesbezüglichen Scheines gelangt, erschien ein wirklich vom Wirt geschickter, und verlangte Arbeit. Nun verlangte der Sprechbote von Fechner den Arbeitsschein zurück, was dieser verweigerte und die zugewiesene Arbeit auch antrat. Dieser Fall gelangte an die Oeffentlichkeit und mußte nun wohl oder übel vom Herbergsausschuß, in welchem die Gesellen die Minderheit bilden, untersucht werden. Leider konnte der Ausschuß gegen den Sprechboten Schnabel nichts ausrichten, da Fechner, der der Organisation nicht angehörte, seine Anschuldigungen gegen Schnabel zurückzog. Weiter wurden im Ausschuß hauptsächlich Vergehen von Meistern gegen das Sprechbüreau verhandelt, gegen deren Bestrafung die Altgesellen protestierten. Die Gewissenhaftigkeit der Meister beim Ausbilden von Lehrlingen wurde durch folgenden drastischen Fall beleuchtet, welcher Grund zur Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde durch den Altgesellen gab. Der Vorsitzende der Hamburger Gewerbekammer und erster Obermeister der Bäckerinnung zu Hamburg hatte drei Jahre einen Lehrling beschäftigt, ohne die zu seinem Fortkommen nötigen Kenntnisse in der Bäckerei ihm beizubringen. Da der Obermeister sich genierte, diesen jungen Menschen dem Prüfungsmeister zuzuschicken, stellte er aus eigener Machtvollkommenheit ein Prüfungszeugnis aus; und erst, als bei einem anderen Meister die vollkommene Unfähigkeit des jungen Gesellen zu Tage trat, kam der Schwindel zur Kenntnis der Altgesellen, und diese brachten die Sache zur Kenntnis der Behörde. Die von dieser angestellte Untersuchung erwies die Beschwerde der Altgesellen als wahr, doch bezeichnete sie das Ausstellen des Prüfungszeugnisses durch den Herrn Obermeister als Irrtum und verfügte die Einziehung desselben. Wenn aber einem Obermeister ein solcher Irrtum passieren kann, wie mag dann die Ausbildung der Lehrlinge bei anderen

Meistern aussehen? Trotzdem hat der Innungsvorstand die Kühnheit, im Jahresbericht die Lehrlinge haltenden Meister zum Einhalten der statutarischen Bestimmungen aufzufordern und Abhülfe bei Beschwerden von Lehrlingen oder deren gesetzlichen Vertretern zuzusichern. Ob diesen Passus des Innungsjahresberichtes wohl Herr Obermeister Knoll geschrieben hat? Der Gesellenausschuß hat eine Petition an den Senat gerichtet betreffs Verbotes des Backens vom ersten auf den zweiten Feiertag an den hohen Festen. Diese Petition sei auch vom Innungsvorstand unterschrieben. Der Senat müßte sich allerdings mit dem Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein in Verbindung setzen, damit ein gleichlautendes Verbot für Altona und Wandsbeck ergehe, da sonst durch die Konkurrenz der dortigen Bäckermeister die Hamburger Meister geschädigt würden. Nachdem Redner sodann noch einzelne Mißstände im Sprechbureau der Innung kritisiert hatte, wo den jüngeren Gesellen statt Arbeit ein paar hinter die Ohren angeboten wurden, ging er zum Jahresbericht der Innung über. Obenan ständen natürlich wieder die Klagen über Bundesrats- und Senatsverordnung. Besonders die Senatsverordnung, welche die sanitären Uebelstände in den Bäckereien eindämmen soll, sei durch Schuld der Gesellen undurchführbar. Der Innungsbericht fordert zur Agitation für Beseitigung beider Verordnungen auf. Redner aber fordert die Gesellen zur Agitation auf, daß die Bundesratsverordnung derart abzuändern ist, daß statt einer zwölfstündigen, eine zehnstündige Arbeitszeit vorgeschrieben werde. Der Innungsbericht konstatierte auch ein weiteres Verschwinden des Kost- und Logiswesens beim Meister. Die Meister ließen sich beim Beseitigen dieses Systems von praktischen Gründen leiten, da sich dann die Gesellen mehr verheirateten, und verheiratete Gesellen gewissenhafter und seßhafter seien. Das Gegenteil davon hatten die Meister, oder deren Vormund Herr Blinckmann, 1898 behauptet. Der Jahresbericht bemerke dann kurz, daß der Bericht der Beauftragten der Innung über ihre Wahrnehmungen der sanitären Zustände in den Bäckereien im nächsten Quartalsbericht erfolgen werde. Redner schließt mit der Aufforderung zur Agitation für Kräftigung des Verbandes. Allmann machte die Mitteilung, daß heute in München die Verhandlungen vor dem Einigungsamt zwischen den dortigen Kollegen und der Innung über einen neuen Lohntarif begannen. Nun gelte es, in Hamburg auf der Hut zu sein, damit es der Innung nicht gelinge, hier Streikbrecher anzuwerben. Versuche dazu seien um so wahrscheinlicher, als auch unsere Nachbarstädte im Begriff ständen, in ernste Lohnbewegungen einzutreten. Im Sinne Allmanns sprachen noch Sick, Grunert und Tiel, welche Decharge für den Gesellenausschuß beantragten. Liescher teilte dann mit, daß der seit zwei Jahren von der Innung gegen die Gesellen und den Inhaber der alten Bäckerherberge geführte Prozeß um das Herbergsschild und die Gesellenfahne zu Gunsten der Gesellen entschieden sei. Eine von den Altgesellen eingebrachte Resolution, wonach die bestrittenen Gegenstände als alleiniges Eigentum der Gesellen erklärt und der Verwaltung der Altgesellen überwiesen wurden, fand einstimmige Annahme. Ferner wurde auf Antrag von Friedrichs folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 17. März 1904 tagende Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht der Altgesellen und entnimmt daraus, daß von der Innung keinerlei Verbesserungen für die Lage der Bäckergesellen zu erwarten sind. Aus diesem Grunde gelobt sie, alles daran zu setzen, alle Bäcker Hamburgs so schnell wie möglich dem Verbande zuzuführen, um in nicht allzuferner Zeit selbst einen kräftigen Vorstoß zur Erringung einer sechstägigen Arbeitswoche wagen zu können." Nachdem dem Gesellenausschuß für seine Tätigkeit Decharge erteilt war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die deutsche Bäckerbewegung. 18 Neuaufnahmen für den Verband fanden statt.

In Königsberg i. Pr. tagte am 9. März in der „Phönixhalle" eine öffentliche Versammlung, in der unser Gauleiter, Kollege Herzfeld-Berlin über: „Den Segen der Unterstützungseinrichtungen des Deutschen Bäckerverbandes für seine Mitglieder und für die gesamte Gesellenschaft" referierte. Die Versammlung war trotz der eifrigen Agitation unserer Verbandsmitglieder sehr schlecht besucht. Der Referent sprach unseren Kollegen Mut zu, deshalb nicht zu verzagen, sondern die Organisation langsam und kräftig auszubauen, denn nur eine gut geschulte und standhafte Organisation kann unseren Meistern mehr Furcht und Schrecken einjagen, als wenn bei einer Versammlung das Lokal eingestürmt, über die Meister kräftig geflucht und geschimpft wird und wenn der Referent abgetreten ist, dann lassen diese Schreihälse, die noch vor einigen Stunden in Gegenwart der Meister den größten Mund gehabt haben, den Kopf noch tiefer hängen und kriechen dann vor ihrem Arbeitgeber noch mehr wie zuvor. Unseren erschienenen Kollegen konnte man es ansehen, daß auch in dem Gleichgültigsten die heiligsten Gefühle wachgerufen wurden und es ließen sich auch die Kollegen, die dem Verband noch nicht angehörten, in demselben aufnehmen und unsere Parole lautet: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer."

Die Mitgliedschaft Leipzig hielt am 13. März in der Flora eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Freitag erstattete den Bericht über die Konferenz in Hamburg. Er teilte mit, daß alle von Leipzig gestellten Abänderungsanträge abgelehnt worden sind. In der Diskussion sprachen sich alle Redner gegen den vom Hauptvorstand ausgearbeiteten Tarif für Konsumvereins- und Genossenschaftsbäckereien aus. Eine vom Kollegen Neumann eingebrachte Resolution wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Sie lautet: „Die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Leipzig ist nach dem Bericht des Kollegen Freitag über die Hamburger Konferenz immer noch der Meinung, daß Tarifvereinbarungen zwischen Genossenschaftern und den dort beschäftigten Bäckern für beide Teile vorteilhaft sein können. Sie ist aber auch der Meinung, daß in dem vom Hauptvorstand vorgelegten, in der Hauptsache nur vom Buchdrucker-Verbands-Tarif abgeschriebenen und von der Konferenz genehmigten Tarif, die Wünsche der betreffenden Arbeiterkategorien absolut nicht zum Ausdruck kommen. Die Versammlung ist ferner der Meinung, daß durch das in seinen weiteren Teilen zusammengestoppelte Machwerk (Ach wie nett! D. Red.) die Interessen der Großbetriebsbäcker nicht vertreten werden. Da es uns aber durch die ungeeignete Zusammensetzung der Konferenz unmöglich gemacht worden ist, die den Verhältnissen in Großbetrieben entsprechenden notwendigen Forderungen in den Tarif zu bringen und mit den Arbeitgebern zu vereinbaren, lehnen es die Leipziger Mitglieder ab, sich auf Grund dieses Tarifes mit ihren Arbeitgebern festzulegen." Die Anregung des Vorstandes am 2. Ostersonntage ein Frühjahrsvergnügen stattfinden zu lassen, wurde abgelehnt; dafür soll ein Ausflug unternommen werden. Unter Gewerkschaftlichem wird angeregt, daß sich die jüngeren Verbandskollegen mehr an der Agitation für den Verband beteiligen. Es wird ferner über zu niedrige Bezahlung der Aushilfsbäcker in den Konsumvereinen geklagt. Diese Angelegenheit soll auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung gesetzt werden.

Am 13. März fand in Remscheid die General-Versammlung zur Gründung einer Zahlstelle statt, zu der fast sämtliche Mitglieder erschienen waren. Unter Leitung des Gauleiters wurden, nachdem die Wahl von sieben Vorstandsmitgliedern beschlossen war, folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: Albert Alt, 1. Vorsitzener; Michel Schmidt, 2. Vorsitzender; August Senft, 1. Kassierer; Ferdinand Halbach, 2. Kassierer; Alfred Adelt, Schriftführer; Heinrich Menge und Wilhelm Neuhaus, Revisoren. Bei der Wahl zum Kassierer erhielten die Kollegen Schmidt und Senft gleiche Stimmenzahl, worauf das Los zu gunsten des letzteren entschied. Der Beitritt zum Gewerkschaftskartell fand einstimmige Annahme, worauf die Kollegen Wilhelm Blomberg und Ferdinand Halbach als Delegierte in dasselbe gewählt wurden. Die Mitgliederversammlungen wurden auf jeden zweiten Sonntag im Monat festgesetzt; außerdem findet jeden Samstag Abend eine Zusammenkunft bei Thiel, Bismarckstraße 43, statt, welches Lokal auch als Verkehrslokal acceptiert wurde. Dann hielt Koll. Kasting einen Vortrag über die ersten Pflichten der Mitgliedschaft Remscheid, der mit großem Interesse aufgenommen wurde. Unter „Verschiedenes" wurde beschlossen, denjenigen Kollegen, die die Zeitung nicht abholen können, dieselbe zuzuschicken. Kollege Alt ermahnte die Kollegen, mit allen Kräften an dem weiteren Ausbau unserer Mitgliedschaft fortzuarbeiten, um bald in Remscheid und Umgegend bessere Verhältnisse zu schaffen.

Bäckerbewegung im Auslande.

Italien. (Die Uebernahme der Bäckereien in städtischen Betrieb.) Das Gesetz vom 29. März 1903 über die Munizipalisierung der öffentlichen Dienste setzt fest, daß über die Uebernahme eines neuen Betriebes durch die Stadt die Wähler durch Referendum zu befragen sind. Ein solches Referendum — und zwar zum ersten Mal in Italien — hat nun dieser Tage in Reggio-Emilia stattgefunden, um über die Uebernahme der Brotfabrikation durch die Stadt zu entscheiden. Das Referendum ergab 2200 Stimmen für und 1600 gegen die Munizipalisierung. Die Klerikalen und die kleinen Kaufleute stimmten dagegen. Die veranschlagten Kosten für die Mühle (elektrischer Betrieb), die von der Firma Bühler in Uzwill hergestellt wird, betragen 90 500 Lire; für die Bäckerei, deren Maschinen von der Firma Werner u. Pfleiderer in Cannstatt geliefert werden, 35 970 Lire; für die Teigwarenfabrik 33 300 Lire. Die Jahresproduktion der Mühle wird auf 45 000 Doppelzentner, die der Bäckerei auf 10 000 Doppelzentner, die der Teigwarenfabrik auf 5400 Doppelzentner veranschlagt. Reggio-Emilia hat 58 000 Einwohner. Seine Stadtverwaltung ist sozialistisch.

Ueber Preissteigerung in Port Arthur, der durch den russisch-japanischen Krieg weit bekannt gewordenen Festung, nach dem ersten Bombardement erfährt die „Sibir. Sh." manches Kuriosum. Wie verständlich, suchen viele, die da hätten weiterarbeiten sollen, das Weite. So war es mit den Bäckereiarbeitern. Eine Folge dessen — und wohl auch anderer Umstände — war, daß für ein Franzbrot 35 Kopeken bezahlt werden mußte. Wenn über ein Einschreiten gegen diese Preise nichts verlautbart, so ist das auch erklärlich, denn die wenigen zurückgebliebenen Arbeiter werden sich ihre Tapferkeit gegenüber der allgemeinen Panik offenbar recht teuer haben bezahlen lassen.

Quittung.

In der Woche vom 14.—20. März gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

Für Monat Februar: Mitgliedschaft Harburg 34.60, Stettin 33.55, Leipzig 313.20, Neumünster 13.10, Schönebeck 6.65, Brandenburg 39.35, Görlitz 28.20, Essen 40.95, Bergedorf 34.60, Lübeck 180.10, München 1011.—, St. Johann-Saarbrücken 48.55, Plauen 47.25, Darmstadt 31.60, Nürnberg 146.50, Freiburg 126.25, Dresden 344.70, Mannheim 70.45, Bremen 22.55, Breslau 107.50 ℳ.

Für Januar und Februar: Amberg 16.50, Cassel 53.20, Düsseldorf 103.75, Fürth 31.30, Cottbus 59.60 ℳ.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: F. B., Weiden —.90, P. S., Braubach 4.80, H. K., Cunewalde 3.60, C. M., Duisburg 4.80, A. S., Metz 1.60, A. L., Kaiserslautern 2.60 ℳ.

Für Kalender: Mitgliedschaft München 3.—, Amberg —.50, St. Johann-Saarbrücken 2.—, Nürnberg 9.—, Neustadt 2.50, A. A., Remscheid —.50 ℳ.

Für Annonzen: M. S., München 10.80, G. P., München 5.—, L. F., Mannheim 4.50, Mitgliedschaft Lübeck 3.60 ℳ.

Mit den Beiträgen an die Hauptkasse restieren für Februar folgende Mitgliedschaften: Altenburg, Augsburg, Gießen, Landshut, Lüneburg und Rostock.

Für Januar und Februar: Bremerhaven (Abrechnung ohne Geld gesandt), Hanau (Abrechnung ohne Geld gesandt), Heidelberg, Hildesheim, Königshütte (Abrechnung ohne Geld gesandt), Oldenburg, Posen (Abrechnung ohne Geld gesandt), Rosenheim und Wilhelmsburg.

Der Hauptkassierer: Fr. Friedmann.

Anzeigen.

Allen Freiburger Verbandskollegen, von welchen ich mich vor meiner Amerikareise nicht mehr persönlich verabschieden konnte, rufe ich ein

herzliches Lebewohl

zu mit dem Wunsche, daß sie weiter tüchtig mithelfen mögen am Ausbau der Organisation, damit auch für die Bäckergehülfen Freiburgs bald bessere Verhältnisse geschaffen werden können.

ℳ 2.20] **Ignatz Bürk, St. Louis, Amerika.**

Maifestzeichen,

Turnbänder, Vereinsabzeichen, Stoffe zu Fahnen von Gemaßregelten verfertigt, liefert das Gewerkschaftskartell in Lörrach i. B. L. Goll, Spitalstr. 30, III.

Allen Münchner Bäckergehülfen

empfehlen ihre freundliche Gastwirtschaft mit ausgezeichneter Küche zu jeder Tageszeit.

Max und Marie Saller,
Restaurant zum „Bierschäffler",
ℳ 2.40] München-Au, Lilienstr. 50.

Bäcker-Einkaufsquelle

Grösste Auswahl in neuen und getragenen **Herrenkleidern,** sowie Anfertigung **nach Mass** zu bekannt billigsten und reellsten Preisen.

J. H. Bloch,

München, Brunnstr. 3/0, vis-à-vis „Kreuzbräu".

Zentralverkehr der Bäcker Süddeutschlands

im Gasthof „Zum römischen König", Holzstr. 3, Stuttgart.

ℳ 1.20] Carl Safika, Besitzer.

Zur Anfertigung von Herren-Anzügen nach Maß

mit elegantem Schnitt und Sitz in jeder Preislage empfiehlt sich allen **Münchener Bäckergehülfen**

ℳ 2.10] **Gg. Prem,** Schneidermstr., Geierstr. 20.

Sämtliche Münchner Bäckergehülfen

treffen sich jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag zum gemütlichen Tarock oder Billard-Partie im [ℳ 1.80

Café Wittelsbach, Herzog Wilhelmstr. 32.

Oberlausitzer Schnell- und Handelsschneiderei.

W. Adolf Langer, Oberoderwitz i. S.

Liefert nach Maß franko per Nachnahme seine bewährten Double-Leder-Hosen in silbergrau, das Paar 4.75 Mk., 4 Paar 18 Mk. Ich empfehle den organisierten Bäckern, sich Warenproben von meinen bewährten Double-Leder-Hosen senden zu lassen. Angabe der Schrittlänge und Bundweite in cm

ℳ 5.40] genügt für tadellosen Sitz.

Unserem ehemaligen Vorsitzenden, dem Kollegen **Eugen Scheef** und seiner lieben Braut zu Ihrer am 26. März stattfindenden Vermählungsfeier die **herzlichsten Glückwünsche!**

ℳ 1.60] **Mitgliedschaft St. Johann-Saarbrücken.**

Versammlungs-Anzeiger.

Altona. Oeffentl. Vers. Mittwoch, 30. März, Nachm. 4 Uhr, bei Fels, gr. Bergstr. 136. (Referent: Kollege Allmann.)

Bremen. Mitgl.-Vers. Sonntag, 10. April, Nachmittags 3½ Uhr, bei Wetzel, Ansgarithorstraße 12.

Basel. Zusammenkunft jeden Donnerstag. Mitglieder-Vers. jed. erst. Dienstag im Monat im Hotel Blume, Schwanengasse, bei der alten Rheinbrücke.

Bant-Wilhelmshaven. Mitgl.-Vers. Donnerstag, den 31. März, Abends 7 Uhr, bei Herm. Held, Grenzstr. 34

Chur (Schweiz). Vers. alle 14 Tage Donnerstags im Restaurant „Helvetia".

Cassel. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 7. April, bei Riemenschneider, Schäfergasse 14.

Cottbus. Mitgl.-Vers. Dienstag, 5. April, Nachmittags 2 Uhr, bei G. Liesk, Schloßkirchstr. 12.

Darmstadt. Mitgl.-Vers. Donnerstag, 7. April, Nachmittags 3 Uhr, bei Schäfer, Schulzengasse 3.

Düsseldorf. Oeffentl. Vers. Sonntag, 27. März, Morg. 11 Uhr, im Kaisersaal, Kasernenstr.

Fürth i. B. Jeden Donnerstag Zusammenkunft, jeden letzten Donnerstag Mitgl.-Vers. im „Saalbau".

Flensburg. Mitgl.-Vers. Dienstag, 5. April, bei Rerup, Schleswigerstr. 28.

Jena. Oeffentl. Vers. Sonntag, 27. März, Nachmittags ½3 Uhr, im Restaurant „Caféhaus". (Referent: Kollege Langer-Dresden.)

Lübeck. Mitgl.-Vers. Sonntag, 3. April, Nachm. 3 Uhr, im Vereinshaus, Johannesstr. 50.

Oelsnitz i. Vogtl. Mitgl.-Vers. Sonntag, 17. April, Nachmittags 3 Uhr, im „Schützenlust".

Plauen i. Vogtl. Mitgl.-Vers. Sonntag, den 10. April, Nachm. 3 Uhr, im Schillergarten.

Pl. Grund. Mitgl.-Vers. Sonntag, 27. März, Nachm. 3 Uhr, im „Deutschen Haus", in Potschappel.

Zürich. Vers. jeden 1. Donnerstag im Monat im Verkehrslokal „Rothhaus", Marktgasse, Zürich I. Reiseunterstützung bei Gyger, Dienerstr. 29, Zürich III.

Dem Adressen-Verzeichnis ist nachzutragen:

Freiburg i. Br. Restaurant „Zum Schwanke."

Für die Redaktion verantwortlich: O. Allmann, Hamburg, Maxstraße 6. — Verlag von O. Allmann, Hamburg.
Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.

Unsere Lohnbewegungen.

In **München** ist am 17. März der Tarifvertrag endgültig abgeschlossen und fand derselbe mit den noch eingefügten Aenderungen die Zustimmung der noch am 17. tagenden Meister- und auch der am 18. stattfindenden Versammlung unserer Mitgliedschaft. Damit wäre also der Friede in unserem Berufe für München erhalten geblieben! — Die am 15. März herausgegebene Innungszeitung „Die Bäckerei“ schilderte die Situation in München in folgender Weise:

„Unsere Gehülfenbewegung hat bis heute, man möchte sagen, einen programmäßigen Verlauf genommen. Versammlungen hier und dort, Forderungen, Zugeständnisse, Einigungsamt. Dort von dem Gedanken ausgehend, „wir haben ein Recht, unsere Lage zu verbessern zu suchen,“ hier in „Anerkennung dieses sind wir bereit, zu tun, was uns möglich ist, aber Niemand wird uns verargen können, wenn auch wir an uns und unsere Familie denken.“

Auf diese Gedanken gestützt, haben wir unsere Stellungnahme präzisiert, das Ergebnis vor dem Einigungsamte zeugt hiervon. Aber dieses Ergebnis, es zeigt noch etwas anderes. Es zeigt uns, daß wir, allerdings auf unser alleiniges Konto, noch mehr getan haben, deren Erfüllung Manchem nicht leicht sein wird. Man ging hier von dem Gedanken aus, daß eine Katastrophe, mag sie nun Streik oder Boykott heißen oder beides zusammen, tiefe Wunden schlagen wird in unser Gewerbe und zur Verhinderung dieses auch Opfer seitens der Meisterschaft gebracht werden müssen. Dieses Bewußtsein scheint unseren Herren Kollegen vollständig klar zu sein, die vorletzte und letzte Innungsversammlung gaben hiervon Zeugnis, indem die Vorschläge des Vorstandes wie die Vereinbarung vor dem Einigungsamt die einstimmige Annahme fanden.

Ob die Gehülfen die Vereinbarungen annehmen, ist freilich eine andere Frage. Nach unserer Meinung könnten sie es aber tun, denn erreicht haben sie tatsächlich viel. Zum Mindesten stehen die Meister jetzt auf dem Standpunkt, mehr können wir nicht tun, und wenn dies nicht genügen sollte, dann mag der Bruch kommen. Unsere letzte Versammlung hat zur Genüge gezeigt, daß es den Meistern hiermit ernst ist und daß sie sich der Tragweite und der schweren Folgen ihres Entschlusses voll bewußt sind. Und so glauben wir auch, daß wir uns, wenn die Katastrophe nicht zu vermeiden wäre, auch kollegial unterstützen würden nach dem Grundsatze „Einer für Alle, Alle für Einen“. Wir verkennen nicht, daß vielleicht kein Moment mehr geeignet ist, in Handwerkerkreisen eine Demoralisierung hervorzurufen, als der Moment eines Streikausbruches. Es liegt das in der Natur der Sache, indem die Existenzfrage im Vordergrunde sich befindet, wobei auch noch die Rücksichtslosigkeit, mit der sie meistens in Szene gesetzt werden, eine Rolle spielt und so manches andere. Die Demoralisierung steigert sich manchmal bis zu dem Grade, daß ein ruhiges Ueberlegen und Abwägen momentan unmöglich ist, somit Schritte getan werden, deren Folgen sich später Jahre hinaus fühlbar machen. Darum ist es unbedingt notwendig, daß sich jeder Kollege ein vollständiges Programm zurechtlegt über die Frage: „Was tue ich, wenn heute der Streik ausbricht?“ Wir müssen das nochmals erwähnen, selbst in der Annahme, daß dies schon allseitig geschehen ist. Jeder muß wissen, wo er möglichsten Ersatz seiner Arbeitskräfte hernimmt, wer seine Kundschaft versorgt usw. Die Vorbereitungen der Innung sind umfassend geschehen, doch niemand möge sich darauf verlassen, daß die Innung Allen und Jedem beispringen kann. Die Selbsthülfe wird für jeden die sicherste und umfassendste sein. Wenn die Kollegen allen diesem nachgekommen sein werden, dann können wir den uns aufgezwungenen Kampf wagen. Die Oeffentlichkeit wird verstehen, daß wir getan haben, was wir tun konnten und den Gehülfen die Schuld, einen Streik provoziert zu haben, aufbürden müssen. Daß die Wunden, die ein Streik auch den Gehülfen schlagen wird, ganz empfindliche sein werden, sei nur nebenbei bemerkt.“

Diese Auslassungen des Innungsblattes bringen unzweifelhaft manches wahre Wort. Sie zeigen aber auch, daß man die Situation für äußerst ernst ansah und nicht minder waren unsere Kollegen und der Verbandsvorstand von dem Ernst der Verhältnisse überzeugt.

Der Verbandsvorstand hatte durch Zirkulare alle Mitgliedschaften unterrichtet, was in München bevorstand und wurde auch in allen Städten alles daran gesetzt, die Anwerbung von Streikbrechern zu nichte zu machen, die durch Dr. Westphal und seine Streikbrecheragenten versucht wurde.

Weil entgegen den bisher schon erreichten Zugeständnissen der Innung die noch vorhandenen Differenzpunkte, die noch bestanden, immerhin doch nur geringe waren, sandte der Verbandsvorstand den Hauptkassierer Friedmann nach München mit dem Auftrage, in der Zeitdauer des Tarifes noch eine Herabsetzung auf zwei Jahre zu erreichen und dann aber alles zu versuchen, einen Streik zu vermeiden. Am 16. März fand nun eine von nahezu 1000 Gehülfen besuchte Versammlung statt, in der die Gehülfenvertreter Bericht über die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerberichter erstatteten. Die Gehülfenvertreter Mollmaier, Janker und Dobler rekapitulierten die Verhandlungen und betonten, daß ihrerseits das Menschenmöglichste getan wurde, weitere Verbesserungen zu erzielen; seien die Zugeständnisse auch gering, so sollten sie von den Gehülfen im Interesse des Friedens doch akzeptiert werden. Die Ausführungen der drei Gehülfenvertreter wurden mit eisigem Schweigen entgegengenommen. Kollege Gaßner beschäftigte sich mit den einzelnen Aeußerungen des Obermeisters Schöfer, der die Gehülfen geradezu zum Streik provoziere. Wenn der Herr so weiter fahre, dann müssen die Gehülfen auf alles gefaßt sein, die Gehülfen hätten durch einen Streik nichts zu verlieren. (Großer Beifall.) Aber dann sei es auch notwendig, daß kein Kollege zum Verräter werde. (Beifall.) Entweder müsse die Innung die von den Gehülfen vorgeschlagene Klassifizierung akzeptieren oder die Lohnsätze in der dritten Klasse auf 24 ℳ, 20 und 16 ℳ erhöhen. Der Hauptkassierer des Verbandes, Kollege Friedmann-Hamburg, fühlte es den Kollegen nach, wenn sie mit den minimalen Zugeständnissen nicht zufrieden sind. Forderungen, welche die Gehülfen in München früher schon gehabt, und die in anderen Städten schon längst durchgeführt sind, wie die drei freien Tage und Bezahlung der Ueberstunden, seien diesmal abgelehnt worden. Obermeister Schöfer, den er bisher als einen sozialpolitisch fortgeschrittenen Mann gehalten habe, habe sich nunmehr noch reaktionärer gezeigt, als der frühere Obermeister. Einzelne Zugeständnisse müsse die Innung noch machen, wenn sie den Frieden wolle. (Beifall.) Gewerkschaftssekretär Jacobsen appelliert an den klaren Verstand und die kühle Ueberlegung der Gehülfen. Die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse seien nicht günstig, deshalb sollte, wenn irgend möglich, ein Kampf vermieden werden. Die Zeit der dreijährigen Tarifdauer müsse dazu benützt werden, um eine gut disziplinierte Truppe in der Organisation zu haben. Der Bogen dürfe nicht allzu straff gespannt werden. Nach weiterer lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution mit allen gegen eine Stimme angenommen:

„Die heutige öffentliche Bäckergehülfenversammlung nimmt Kenntnis von dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen vor dem Einigungsamt und erklärt, von dem Verlauf der Verhandlungen durchaus nicht befriedigt zu sein, erklärt aber zu gleicher Zeit, daß sie nach wie vor gewillt ist, die schwebende Angelegenheit wenn irgend möglich in friedlicher Weise beizulegen; für die kommende Sitzung vor dem Einigungsamt macht die Versammlung folgende Vorschläge: 1. Entweder die von den Gehülfen vor dem Einigungsamt vorgeschlagene Klasseneinteilung herzustellen oder nach der von den Meistern vorgeschlagenen Einteilung der dritten Klasse in jeder Position eine Mark zuzulegen; 2. eine bestimmte Definierung des Punktes d: „Wo jetzt schon höhere Löhne bezahlt werden, dürfen dieselben nicht gekürzt werden“, zu fassen; 3. den Tarif auf zwei Jahre festzulegen. Hierdurch glauben die Gehülfen das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt zu haben und erwarten, daß von den Meistern diesen Vorschlägen durch Zustimmung Rechnung getragen wird. Die Vertreter der Gehülfen werden deshalb beauftragt, diese drei Punkte in der Sitzung zu vertreten. Die Versammlung versichert ihren Vertretern nach wie vor ihr Vertrauen und rechnet bestimmt darauf, daß nunmehr ein endgültiger Abschluß der Differenzen herbeigeführt wird. Bei eventueller Ablehnung dieser drei Punkte übergibt die heutige Versammlung die Angelegenheit zur endgültigen Entscheidung der Organisation des Verbandes der deutschen Bäcker und erklärt, die von derselben einzuleitenden Schritte als für sich bindend zu erachten und die dann getroffenen Abmachungen einzuhalten.“

Am 17. März traten nun die Vertreter beider Parteien erneut vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichts zusammen. Nach längeren Beratungen drohten die Verhandlungn, nachdem die Gehülfen bereits zwei ihrer Hauptpunkte fallen gelassen hatten, daran zu scheitern, daß Herr Gemeindebevollmächtigter Schöfer, Vorstand der hiesigen Bäckerinnung, trotzdem erklären mußte, daß die Innungsvertreter der Festsetzung des Tarifes auf nur zwei Jahre auf keinen Fall zustimmen könnten, da die letzte Innungsversammlung einstimmig abgelehnt habe, noch weitere Zugeständnisse zu gewähren. Auf dieser Erklärung mußte Herr Schöfer auch trotz ernsten Zuspruches des Vorsitzenden Herrn Gewerberichters Dr. Prenner, doch an diesem unter geordneten Punkte nicht die ganzen Verhandlungen scheitern zu lassen, stehen bleiben, da, wie Herr Schöfer erklärte, die letzte Innungsversammlung den Vereinbarungen nur unter der Voraussetzung zugestimmt habe, daß jetzt endlich einmal auf drei Jahre hinaus die Ruhe im Gewerbe gesichert sei, da es den Meistern gar nicht gleichgültig sein könne, daß bei den heutigen schlechten Zeiten auch noch fortgesetzt innere Unruhen das Geschäftsleben stören. Nachdem noch der Vertreter der Organisation der Gehülfen, in dessen Ermessen die gestrige Gehülfenversammlung die Entscheidung gelegt hatte, Herr Friedmann (Hamburg), erklärt hatte, daß er unter Fallenlassen der anderen Beschlüsse der gestrigen Versammlung der Gehülfen mit allen Kräften für die Annahme der Vereinbarungen eintreten werde, nur um den Frieden zu sichern, wenn die Meister der zweijährigen Tarifvereinbarung zustimmen würden, und Herr Gewerberichter Dr. Prenner nochmals warm dafür eingetreten war, daß an diesem Punkte es nicht gelegen sein solle, daß durch einen eventuellen Streik so und so viele Existenzen vernichtet würden, wurden schließlich die Einigungsverhandlungen damit abgebrochen, daß die Meister erklärten, die Entscheidung einer noch gestern abzuhaltenden Versammlung der Innung vorbehalten zu wollen. Die im Saale der Bäckerinnung dann noch abgehaltene Innungsversammlung gab mit allen gegen 6 Stimmen ihren Entscheid dahin ab, daß der zweijährigen (statt dreijährigen) Tarifdauer zugestimmt wird.

Am 18. März fand nun die Mitgliederversammlung des Verbandes statt, die wieder überaus stark besucht war. In derselben empfahlen die Mitglieder des Gesellenausschusses, ebenso die Kollegen Friedmann und Gaßner und der Gewerkschaftssekretär Jakobsen, die Abmachungen gut zu heißen. Nachdem auch einzelne Redner sich dagegen gewandt hatten und zum Streik aufforderten, gewann doch die ruhige Ueberlegung die Oberhand und gegen 1 Stimme wurde durch folgende Resolution der Tarif anerkannt:

„Die am 18. März im Gabelsbergerkeller tagende Bäckergehülfenversammlung nimmt Kenntnis von den vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Verhandlungen zwischen der Bäckerinnung und der Gehülfenschaft und erklärt gemäß der am 16. März im gleichen Lokale gefaßten Resolution die Vereinbarung für bindend. Die Versammlung erklärt, daß diese Zustimmung ausschließlich im Interesse des Friedens gemacht worden ist. Die Kollegen verpflichten sich, die Bestimmungen des Tarifes einzuhalten, und erwarten dasselbe von den Meistern. Die Versammelten geloben, während der Dauer der Vereinbarung unablässig für die Stärkung der Organisation tätig zu sein, um gegebenen Falls die bis jetzt unerfüllten Forderungen nachdrücklichst zur Durchführung bringen zu können.“

So ist denn ohne schweren Kampf in München der Friede durch beiderseitiges Entgegenkommen dem Gewerbe erhalten geblieben. Es ist ein erhebendes Gefühl, wenn nach dieser Bewegung beide Parteien sich sagen können: „Hier gab es weder Sieger noch Besiegte, sondern beide Parteien haben sich die Hände zum Frieden gereicht!“ Wir erwarten nun von den Arbeitgebern, daß sie auch als ehrliche Männer die Bestimmungen des Tarifs einhalten werden! Unsere Kollegen haben aber die dringende Pflicht, auch fernerhin mit allen Kräften ihre Organisation auszubauen und regelmäßig die Versammlungen zu besuchen, denn nur durch eine kräftige Organisation werden sie auch im Stande sein, es durchzuführen, daß in allen Betrieben dieser Tarif korrekt eingehalten wird!

Die Innungsblätter aller Gegenden bringen in ihrer Sonntagsnummer bereits den Bericht über den Verlauf der Münchener Tarifbewegung, ohne jedoch in irgend einer Weise ihrer Meinung dazu Ausdruck zu geben; sie scheinen die Sprache verloren zu haben.

In **Berlin** ist es bereits durch das Verhalten der Streikbrecheragenten und deren polizeiliche Beschützer zu einem scharfen Rencontre gekommen, worüber der „Vorwärts“ wie folgt berichtet:

„Die Münchener Bäcker haben vor dem Einigungsamt Frieden geschlossen. Das ist nicht Schuld der Berliner Scharfmacher dieser Branche, die namentlich durch das neu errichtete Streikbrecherversandt-Bureau mit dem keuschen Namen „Zentral-Arbeitsnachweis“ schon Streikbrecher für die Münchener Meisterschaft suchten. Der Innungssprechmeister Vogel, Hirtenstr. 17, läßt es sich stets besonders angelegen sein, recht viele solcher nützlichen Elemente einzufangen. Die hiesige Mitgliedschaft des Verbandes hatte in Flugblättern die Kollegen auf das Schimpfliche dieser Zumutung, zu Streikbrechern und Verrätern benutzt zu werden, hingewiesen.

Der Innungs-Sprechmeister bestellte nun für Donnerstag, den 17. März, diejenigen, die als Streikbrecher nach München gehen wollten, nach seiner Wohnung. Begreiflicherweise liefen einige Bäcker, meist Unorganisierte, aus Neugierde vor dem Hause Hirtenstr. 17 auf und ab. Sofort war nun auch zum Schutze der angeblich bedrohten lieben Arbeitswilligen ein großes Polizeiaufgebot mit einem Hauptmann an der Spitze zur Stelle. Naturgemäß war nunmehr die Schar der Neugierigen, darunter auch zweifelhafte Elemente und die unvermeidlichen hurraschreienden Straßenjungen so groß, daß zeitweilig die Hirtenstraße einem wogenden Menschenmeere glich. Dies ist aber nur auf die Anwesenheit des großen Polizeiaufgebotes zurückzuführen und vor allem auf das ungeschickte Vorgehen einzelner Polizeileutnants. So wurde, was durch viele Zeugen erhärtet wurde, ein junger unorganisierter Kollege durch einen Polizeibeamten lebhaft berührt, weil er zu langsam weiter ging. Als er trotzdem nicht schneller lief, wurde er verhaftet. Durch Zurufe des Janhagels ermuntert, vielleicht auch aus Furcht vor Bestrafung, riß sich der Unbesonnene los und floh. Sofort zogen zwei Schutzleute blank und schlugen blindlings mit der blanken Waffe nach rechts und links und nach dem Fliehenden. Nach langer Jagd, an der sich wieder die Jugend stark beteiligte, wurde der junge Mensch eingefangen und hat nun eine Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu erwarten.

Die Nervosität der Polizei ging aber noch weiter. Das ganze Haus des Sprechmeisters Vogel war vom Hausflur bis vier Treppen mit Schutzleuten besetzt. Zu welchem Zweck, ist uns ein Rätsel.

Gegen Abend erschien plötzlich der Polizeihauptmann in der Bäckerherberge, Hirtenstr. 21, wo sich eine große Zahl Arbeitsloser befand und forderte den Wirt auf, diejenigen, die hier nichts zu suchen hätten, hinauszuweisen, sonst würde er das Lokal schließen lassen. Als ihm bedeutet wurde, daß dies eine Herberge sei, in der jeder das Recht habe, sich aufzuhalten, so lange es ihm beliebt, wurde der Herr ziemlich ungemütlich. Als im Laufe des Streits ein älterer, gesetzter Bäcker meinte, die Polizei habe doch gar kein Recht, aus der Herberge Leute, die nichts verzehren, hinauszuweisen, wurde er verhaftet.

Am Abend wurde einer der Streikposten, obgleich er ganz ruhig in einem Hausflur stand, verhaftet. Der Verhaftete wurde auf der Polizeiwache am Königsgraben mit beleidigenden Redensarten belästigt und ohne jeden Grund in einer Arrestzelle mit einem Spitzbuben zusammen geworfen. Obgleich er eigene Wohnung hat, wurde er erst nach zwei Stunden freigelassen.

So werden ehrliche Leute behandelt, weil sie das Verbrechen begehen, Solidarität gegen ihre kämpfenden Brüder zu üben.“

„Druck erzeugt Gegendruck“, die Wahrheit dieser Worte bestätigt sich wieder einmal in Berlin recht deutlich. Unsere Innungsmacher hatten es bisher stets als ganz selbstverständlich angesehen, daß Berlin stets die Vorratskammer für den schmutzigen Streikbrecherversandt sei. Und wie obige Meldung zeigt, wurde auch anläßlich der Münchner Bewegung dieses schmutzige Gewerbe wieder mit größtem Raffinement und den brutalsten Mitteln versucht. Aber die Geduld unserer Berliner Kollegen geht auch einmal zu Ende, das zeigten die beiden letzten Versammlungen. Nachdem die Versammlung am 15. März beschlossen, in die Lohnbewegung einzutreten (Siehe Bericht in Nr. 12 d. Bl.), wendet sich unsere Berliner Leitung in einem scharfen Aufruf an alle Berliner Kollegen, um endlich die Gleichgültigkeit abzustreifen und den Innungsmachern die verdiente Antwort auf ihre Provokationen zu erteilen.

Am 22. März tagte in Kellers Saal eine Versammlung von Bäckerei-Arbeitern, wie sie Berlin seit Jahren nicht gesehen hat. Tausende strömten nach dem Versammlungslokal. Sowohl der Saal wie die Galerien waren von einer dichtgedrängten Menge besetzt und immer noch drängten neue Massen jener ausgemergelten Gestalten heran, die ihr Leben in heißen, staubigen Werkstuben und dumpfen Schlafkammern verbringen: handelt es sich doch um den Beginn einer Bewegung, die in das traurige Leben der Bäckergesellen ein wenig mehr Licht und Sonnenschein bringen soll, als ihnen die nur auf ihr eigenes Wohlbehagen bedachten Bäckermeister gutwillig zukommen lassen. Die Polizei war bei diesem außergewöhnlichen Ereignis ebenfalls besonders zahlreich erschienen. Ein starkes Aufgebot von Schutzleuten war vor dem Versammlungslokal zusammengezogen. Arbeit gab es für die Beamten nicht, denn auf einen Sturm auf die Bäckermeister hatten es die Arbeiter natürlich nicht abgesehen. — Die mehrere Tausend Personen zählenden Versammlungsbesucher folgten mit Interesse und großem Beifall den Ausführungen des Referenten Hetzschold, der die überaus traurige Lage der Bäckergesellen kennzeichnete und weiter ausführte, daß es jetzt an der Zeit sei, durch die Macht der Organisation einen kräftigen Vorstoß zu unternehmen, um den Bäckermeistern eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuringen. Zu verlieren haben die Bäckergesellen nichts, denn schlechter wie ihre Lage jetzt ist, kann sie nicht mehr werden. Der Redner erinnerte daran, daß die nach dem Streik im Jahre 1900 getroffenen Vereinbarungen nur einen Teil der damaligen Forderungen darstellen, und selbst das, was bewilligt wurde, nicht eingehalten wird. Die jetzige Lohnbewegung hat das Ziel: Abschluß eines Tarifs zwischen den beiderseitigen Organisationen. Als Forderungen, welche durch Tarifvertrag festgelegt werden sollen, schlug der Referent vor: Gänzliche Abschaffung des Kost- und Logiswesens im Hause des Meisters, statt dessen Zuschlag von 12 ℳ auf den seitherigen Wochenlohn. Der Mindestlohn soll betragen: In Bäckereien mit einem bis zwei Gesellen 21 ℳ, mit drei bis sieben Gesellen 23 ℳ, mit acht und mehr Gesellen 25 ℳ. Höhere Löhne, welche bereits gezahlt werden, dürfen nicht gekürzt werden. Gesetzlich zulässige

Ueberstunden sind mit 60 ₰ pro Stunde zu vergüten. Gewährung je einer freien Nacht an den drei hohen Festen. Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises mit der Maßgabe, daß bei Streiks nur der Arbeitsnachweis des Verbandes benutzt wird. Den Beitragskassierern des Verbandes ist Zutritt in den Bäckereien zu gestatten, der Tarif ist in den Bäckereien auszuhängen. — Die endgültige Beschlußfassung über die Forderungen soll nach dem Vorschlage des Referenten am nächsten Dienstag durch eine Mitgliederversammlung des Verbandes erfolgen, auch soll die Lohnbewegung seitens des Verbandes geführt werden. — Nach dem Referenten sprach Weidler, der Vertreter der Berliner Konditorgehülfen. Er erklärte unter großem Beifall der Versammlung, daß seine Kollegen die Lohnbewegung der Bäcker nicht nur in jeder Hinsicht unterstützen werden, sondern daß sie an demselben Tage wie die Bäcker ihren Arbeitgebern Forderungen einreichen werden, wobei die Konditoren ihrerseits wieder auf die Hülfe der Bäcker rechnen. — Der folgende Redner, Barth, berechnete nach den Erfahrungen der Lohnbewegung des Jahres 1900 und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse, daß eine Anzahl von Betrieben mit zusammen 600 bis 800 Gesellen die Forderungen sogleich bewilligen, was wieder einen günstigen Einfluß auf die anderen haben würde, die sich gegen die Forderungen sträuben. — Noch mehrere Redner sprachen sich dahin aus, daß die Situation der Lohnbewegung günstig sei und daß die Bäckergesellen Berlins, wenn es zum Streik kommen sollte, den Kampf energisch durchführen würden. Nach einer Aufforderung zum Anschluß der noch Fernstehenden an die Organisation wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf den Verband und den Sieg der Berliner Bäckergesellen geschlossen. 420 Kollegen wurden in den Verband aufgenommen.

In **Hamburg** nahm am 17. März eine öffentliche Versammlung trotz des Widerspruchs des Verbandsvorsitzenden Allmann eine Resolution einstimmig an, in welcher die Organisation aufgefordert wird, zur gegebenen Zeit einen energischen Kampf für Erkämpfung des wöchentlichen freien Tages und Beseitigung des Kost- und Logiswesens in allen Bäckereien aufzunehmen.

Die Kieler Kollegen waren am 16. März in einer solch stark besuchten Versammlung zusammengekommen, wie unsere Kieler Kollegen solche noch nicht gesehen haben. Der Vertreter des Verbandsvorstandes kritisierte die Antwort der Innung auf unsere Forderungen und empfahl, im Interesse des lieben Friedens den Gesellenausschuß mit den Verhandlungen mit der Innung zu betrauen, um auch das letzte Mittel zur gütlichen Beilegung des Lohnkampfes zur Anwendung zu bringen. Nach einer sehr lebhaften Debatte, an der auch der Vorsitzende des Kieler Gewerkschaftskartells teilnahm, wurde unter allgemeinem Beifall eine Resolution folgenden Inhalts einstimmig angenommen:

„Die Versammlung findet es unbegreiflich, daß die Innung nicht gewillt ist, mit dem von einer öffentlichen Bäckerversammlung beauftragten Vorstand des Verbandes in Verbindung zu treten, obgleich vier Fünftel der in Kiel beschäftigten Gesellen dieser Organisation angehören. Die Versammlung protestiert energisch gegen die Anmaßung der Innung. Sie erklärt es ausdrücklich als das gute Recht der Gesellenschaft, selbst zu bestimmen, wen sie mit der Vertretung ihrer Interessen betrauen will. Um jedoch jeden Weg anzubahnen, eventuell eine Einigung herbeizuführen, erklärt die Versammlung sich bereit, dem Wunsche der Innung nachzukommen. Sie beauftragt deshalb den Gesellenausschuß, mit den Arbeitgebern über die eingereichten Forderungen zu verhandeln. Der Gesellenausschuß aber wird gleichzeitig ersucht, gemeinsam mit dem Vorstand des Verbandes eine öffentliche Versammlung einzuberufen, wenn die Innung zu einzelnen Punkten Stellung genommen hat, oder wenn sie sich bereit erklären sollte, den Wünschen der Gesellen in etwas entgegenzukommen."

Daß die Kieler Innung bei den Verhandlungen mit dem Gesellenausschuß nur Komödie treiben wollte, daß erfuhren die Kollegen schon einige Tage vor den Verhandlungen durch die Zeitungen. Darnach hatte der Obermeister Voß auf dem Obermeistertage bezüglich der Verhandlung folgendes Programm bekannt gegeben: „Die Sache ist so weit gediehen, daß am Dienstag abend eine gemeinschaftliche Zusammenkunft des Gesellenausschusses und des Vorstandes der Innung stattfindet. Bevor in Unterhandlungen eingetreten wird, haben die Gesellen eine Erklärung darüber abzugeben, in welcher Eigenschaft sie kommen, ob als Vertreter des Gesellenausschusses oder als Vertreter des Verbandes. Je nach dem Ausfall der Antwort wird der Vorstand der Innung seine Stellung einnehmen."

Und hiernach verliefen auch die Verhandlungen programmäßig, wie die Mitglieder des Gesellenausschusses in der von 200 Kollegen besuchten Versammlung am 23. März berichteten. Nach dem Bericht des Gesellenausschusses hatten die Innungsmeister nur gelacht über jede einzelne Forderung, den Gesellenausschuß verhöhnt und verspottet, so daß Kollege Marten mit Recht erklären konnte: „Wer vom Gesellenausschuß bis zu der Verhandlung noch kein Sozialdemokrat war, den haben durch ihre Brutalität die Meister zu einem solchen gemacht!" Die übrigen Mitglieder des Gesellenausschusses konnten die Mißachtung und Verhöhnung nur bestätigen, die ihnen von der Innung zu teil geworden. Dadurch bemächtigte sich der Versammlung kolossale Erregung! In der Diskussion gingen die Kollegen Mardelkow, Nußbaum, Hoffmann, Marten und noch mehrere Redner mit den Machinationen der Innung scharf ins Gericht. Kollege Allmann beleuchtete das Verhalten der Innungsmacher und legte den Kollegen in längeren Ausführungen die Situation klar. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige Versammlung der Kieler Bäckergesellen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Art und Weise, wie es die Innung beliebt hat, mit dem Gesellenausschuß über unsere Forderungen zu verhandeln. Das Verhalten der Innung in dieser Frage ist einer vorher beschlossenen Komödie sehr ähnlich und ist nicht anders zu bezeichnen, als eine Verhöhnung und brutale Ablehnung unserer berechtigten Forderungen. Die Versammlung beauftragt den Vorstand der Mitgliedschaft Kiel des Bäckerverbandes, zu gelegener Zeit die Forderungen den einzelnen Meistern zur Bewilligung zu unterbreiten."

Heute, am 24. März, werden den einzelnen Meistern die Forderungen zugesandt und um deren Bewilligung bis morgen mittag 2 Uhr ersucht. Darauf findet die entscheidende Versammlung statt, und wie die Verhältnisse liegen, ist mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß 100 bis 120 Kollegen die Arbeit einstellen, während die übrigen gleich zu neuen [illegible] weiter arbeiten können!

Unsere Kollegen haben die dringende Pflicht, den Zuzug von Kiel fernzuhalten, damit wir den unsere berechtigten Forderungen zur Durchführung bringen!

Angesichts dieser Lohnkämpfe ist es Pflicht unserer Kollegen, nicht bloß Mitglieder des Verbandes zu werden, sondern überall eine energische und planmäßige Agitation für Ausbreitung des Verbandes zu entfalten! — Laßt Euch nicht von Streikbrecheragenten bereden, die Euch nur zum Verräter an Euren kämpfenden Kollegen machen wollen, um Euch dann nach Beendigung des Kampfes mit Hohn und Spott zu überschütten, wie es noch überall, aber besonders im letzten Sommer in Cassel der Fall war! Zeigt Solidarität mit Euren kämpfenden Kollegen, denn deren Kampf ist Euer Kampf und deren Sieg Euer Sieg!

Unseren Arbeitgebern aber, die nichts besseres kennen, als Unterdrückung, Entrechtung und Knechtung ihrer Gehülfen, rufen wir zu:

Es blitzt und flammt an allen Enden,
Es wetterleuchtet nah und fern,
Ihr könnt es nimmer dreh'n und wenden,
Und hemmtet Ihr es noch so gern,
Des Geistes mächt'gen Pionieren
Verleiht die Wahrheit Sieg auf Sieg;
Ihr werdet nimmer triumphieren,
Trotz aller List im heil'gen Krieg.

Von der Bewegung am Niederrhein.

Einen schönen Erfolg erzielten die sämtlich organisierten Kollegen der beiden Brotfabriken Wagner und Borlinghaus in Remscheid, die so ganz unter sich darüber einig geworden waren, mit Forderungen an ihre Arbeitgeber heranzutreten. Zu beiden Betrieben übernahmen die Backmeister die Mission und erzielten beide sofort eine Bewilligung ihrer Wünsche. Der erzielte Erfolg ist am besten aus folgender Zusammenstellung ersichtlich. Es erhielten bisher an Lohn bei:

Wagner	Borlinghaus
1 Mann a 21 M = 21 M	3 Mann a 11 M = 33 M
4 " a 22 " = 88 "	1 " a 12 " = 12 "
1 " a 40 " = 40 "	1 " a 14 " = 14 "
	1 " a 20 " = 20 "
6 Mann im ganzen 149 M	6 Mann im ganzen 79 M

In Zukunft bei

Wagner	Borlinghaus
4 Mann a 24 M = 96 M	3 Mann a 24 M = 72 M
2 " a 26 " = 52 "	1 " a 25 " = 25 "
1 " a 40 " = 40 "	1 " a 26 " = 26 "
	1 " a 35 " = 35 "
7 Mann im ganzen 188 M	6 Mann im ganzen 158 M

Die beiden Brotfabriken zahlen also jetzt wöchentlich 118 M mehr an Lohn als wie bisher. Allerdings waren die Kollegen bei Borlinghaus bisher noch in Kost und Logis, erhielten aber hierfür eine Entschädigung von 13 resp. 15 M die Woche. Während bei Wagner neben einer kleinen Lohnerhöhung hauptsächlich die Einstellung eines 7. Kollegen erzielten. Der erzielte Erfolg ist also ein ziemlich bedeutender und dies besonders, wenn man berücksichtigt, daß sie es durch bloßes Vorstelligwerden erzielten. Allerdings haben die Kollegen es ihrer Einigkeit zu verdanken, die überall bekannt war und tatsächlich mustergültig für die Kollegen sämtlicher übrigen Brotfabriken im Rheinland ist. Diese Einigkeit, die natürlich auch im Arbeitsverhältnis zum Vorteil auch des Unternehmers ist, wird diesem hauptsächlich auch die Achtung abgezwungen haben und infolgedessen die sofortige Bewilligung.

Ist dieser Erfolg erfreulich zu nennen und so ein schöner Beweis dessen, was Einigkeit vermag, so ist er auch andererseits beschämend für die Kollegen der Brotfabriken in Elberfeld, wie aller anderen rheinischen Städte. Während in einigen Brotfabriken die Kollegen meist sämtlich organisiert sind, ist das in vielen anderen Betrieben umgekehrt der Fall. Dort haust die furchtbare Geisel der Uneinigkeit. Einer gönnt oft seinem Nebenkollegen nicht das weiße im Auge. Einer sucht den anderen aus seiner, vielleicht 1 oder 2 M Lohn mehr einbringenden Stellung herauszudrängen. Also Postenjägerei in der gefährlichsten Art. Hierbei sind denn oft auch die Mittel nicht zu schlecht und jeder wittert hinter dem anderen einen Spion oder Judas. Furchtbar mißtrauisch sind die Kollegen dort untereinander. Oft mag dieses unberechtigt sein, oft aber auch nicht. Sind doch auch den Unternehmern keine Mittel zu schlecht, um ihre Pläne zu vollführen. So ist wiederholt bekannt geworden, daß ein Fabrikant mit der Zumutung an Kollegen herangetreten ist, ihm für ein paar Mark wöchentlich Spionierdienste zu leisten und ihm alles mitzuteilen, was im Betriebe vorgeht und was in Versammlungen passiert und wer dort ist. Tatsächlich ist dem Schurken, obwohl er einige Male an die falsche Adresse kam, dies bisher noch gelungen, trotzdem sämtliche Kollegen organisiert sind. So wußte der Mann auch jüngst von einer Versammlung alles, was dort gesprochen worden war, nur daß ihm als Sprecher falsche Personen berichtet waren, was der betreffende Spion wahrscheinlich, weil er einem nicht hold war, absichtlich gefälscht hatte. Zeugt eine derartige Zumutung eines Arbeitgebers schon von einem abscheulichen Charakter, so noch viel mehr von dem Kollegen, der sich um ein paar Mark willen und vielleicht um die faule Gunst des Unternehmers willen zu solchen Judasdiensten herabwürdigt. Solche abscheuliche Elemente wüten oft unter der Arbeiterbewegung wie Pestseuchen unter die Völker. Noch viel schlimmer sieht es in den meisten Betrieben aus, wo die Kollegen es noch nicht zur Organisation gebracht haben. Das schlimme ist, daß diese bedauerlichen Elemente nicht wissen, wie sie neben ihrem Nebenkollegen auch noch sich selber furchtbar schädigen, denn in Wahrheit sind sie ja auch nur diejenigen, die heute gleich den anderen an den Betrieben für kargen Lohn bei mörderischer Arbeitsleistung fronden müssen, denen sie ihre Verdammung zum lebenslänglichen Proletariertum zu verdanken haben. Betrachtet man, wie unter diesen Umständen noch einige feige Elemente zu solchen Handlungen fähig sind, dann könnte man in Verzweiflung ausrufen: O, Proletarier der Brotfabrik, wie tief bist Du gesunken! Wo ist Deine Ehre?

Viele Kollegen glauben, die Schwierigkeiten in unserer Agitation dem Selbständigkeitstraum der meisten Kollegen zuschreiben zu müssen. Die Tatsache aber, daß im Rheinland gerade die jüngeren, bei Kleinmeistern arbeitenden Kollegen bedeutend mehr Interesse für den Verband zeigen, als jene in den Fabriken arbeitenden, meist für immer zu Bäckereiproletarier verurteilten Kollegen, macht diese Meinung zu schanden. Es ist nämlich ein Skandal, daß in Elberfeld, in einem Betriebe, der an die meisten Konsumvereine liefert, kein einziger Organisierter arbeitet. Es wird einmal deutlich mit der organisierten Arbeiterschaft geredet werden müssen.

Noch schlimmer ist es in Köln, dort brachen [illegible] dann die dortigen [illegible] die Kollegen der Brotfabriken mit Verachtung über ihre bei Kleinmeistern arbeitenden Kollegen, weil jene für die Organisation nicht zu gewinnen seien. Heute, wo bereits eine Zahlstelle mit zirka 100 Mitgliedern dort besteht, gehören dieser kaum ein halbes Dutzend aus den Fabriken an. Alle anderen sind in Kleinbäckereien. Auch dort ist ein Betrieb, der an die Konsumvereine liefert und dessen Arbeiter mit samt dem Inhaber sich stolz sozialdemokratische Brotfabrik nennen und mit Pathos rühmen sich die Inhaber, die Führer der Organisation zu beschäftigen, während im ganzen Betriebe kaum zwei Mitglieder sind und diese erst seit kurzem. Dabei herrscht in diesem Betriebe eine Schusterei, wir nirgendwo. Man staunt aber, wenn man diese geistigen Größen der „sozialdemokratischen" Kollegen kennen lernt. So meinte ein solcher in einer Versammlung, er sei ja politisch und im Konsumverein organisiert, das genüge doch vollständig. O, heilige Einfalt, wie kann man auch von solch „aufgeklärten" Kollegen verlangen, noch gewerkschaftlich organisiert zu sein. Es ist aber, wie bekannt, die Geist und Körper tötende überlange Arbeitszeit, die die Kollegen in ihrem Stumpfsinn erhält und dereinst mal früh dem körperlichen Siechtum verfallen läßt. Bei den jetzigen Arbeitsverhältnissen in diesen Betrieben kann auch der gesundeste, kräftigste Mann nicht lange leistungsfähig bleiben. Auch die Kölner Arbeiterschaft wird da ein ernstes Wort mitreden müssen.

Ganz ähnlich stehts in Düsseldorf und viel schlimmer noch in Essen. Dort obenan die Kanonenbäckerei Krupp mit zirka 70 Kollegen. Dort erhält jeder ungelernte Tagelöhner einen Anfangslohn von 3 M, während die Bäcker mit 2.90 M anfangen. Aus Furcht aber, daß ihnen auch dieser Gnadenlohn entzogen werden könnte, meiden sie die Organisation, verschließen ihre Ohren den sie ein besseres Dasein verkündenden gewerkschaftlichen Lehren. In Essen ist in den größeren Brotfabriken kein einziger organisiert.

Ob das oben angeführte kleine, aber dafür so recht deutliche Beispiel der solidarischen Einigkeit Erleuchtung bringen wird? Ob die Kollegen erwachen werden? Ich fürchte, nur wenige werden streben, das gleiche zu tun.

O, Bäckerproletarier in den Brotfabriken, wann werdet Ihr erkennen, daß Ihr unter dem gleichen Joche zu fronden habt, daß Ihr naturgemäß Euch gegenseitig als Bundesgenossen betrachten müßt und Euch demgemäß vereinigen müßt, daß Euer wirtschaftlicher Gegner Euer Arbeitgeber ist, den Ihr Eure jetzige Lage zu verdanken habt und vor denen Ihr in Dankbarkeit für die Existenzberaubung noch in demütiger Weise duckt und kriecht, von denen Ihr noch für einen Judaslohn Euch zum Verräter an Euren Leidensgenossen erkaufen laßt? Wie lange noch werdet Ihr mit dieser furchtbaren Blindheit beschlagen sein?

Genossenschaftliches.

Die Generalversammlung des Allgemeinen Konsumvereins zu Wolfenbüttel am 28. Februar beauftragte die Verwaltung des Vereins, in der im Mai stattfindenden Generalversammlung Bericht darüber zu erstatten, wo eventuell die zum 1. Oktober zu errichtende Verkaufsstelle eingerichtet werden kann, gleichzeitig soll darauf Bedacht genommen werden, eventuell ein Grundstück in der Juliusstadt zu erwerben, wo später eine Bäckerei und auch ein Kohlenlager errichtet werden können.

Der Konsumverein Lauscha hatte in seinem 31. Geschäftsjahr einen Gesamtumsatz von 448 789 M bei 807 Mitgliedern und 56 912 M Reingewinn. In den Bäckereien des Vereins, in welchen 7 Personen beschäftigt sind, wurden für 148 968 M Brot und 844 006 M Weißgebäck gebacken, außerdem noch für 15 265 M Kuchen als Hausbäckerei. Beide Bäckereien haben Motorbetrieb zu den Knet- und Siebmaschinen und Teig-Teilmaschinen.

Der Konsumverein Neustadt-Magdeburg hielt am 14. März seine Generalversammlung ab. Nach dem von Herrn Geschäftsführer Schmidtchen erstatteten Geschäftsbericht betrug der Umsatz im verflossenen Geschäftsjahre 5 531 143 M, die Zahl der Mitglieder 17 627. Der Verein hat 27 Verkaufsstellen, ein Zentrallager und eine Großbäckerei, in welch letzterer 93 Bäcker, 3 Obergesellen und 1 Backmeister beschäftigt werden. In der Bäckerei wurden hergestellt $2\frac{1}{4}$ Millionen Stück Brote a $2\frac{1}{2}$ kg und für 475 000 M Weißgebäck. Die Vereinsbibliothek wurde im verflossenen Jahre stark in Anspruch genommen. Es wurden an 152 Ausgabetagen von 8351 Personen zusammen 39 237 Bände entliehen. Der Reingewinn betrug 535 446 M. Da der Verein sein 40. Geschäftsjahr zurückgelegt hat, so schilderte Herr Schmidtchen in eingehender Weise die Entwicklung des Vereins von seinen ersten Anfängen bis heute. Redner schloß, wenn jetzt versucht werde, den Verein von gewisser Seite zu schädigen, so möge das für die Mitglieder ein Ansporn sein, durch Gewinnung neuer Mitglieder den Ausfall wett zu machen. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Der Verwaltung wurde Entlastung erteilt und die Verteilung einer Rückvergütung von $9\frac{1}{2}$ Proz. beschlossen. Der Antrag der Verwaltung auf Zeichnung von 20 000 M zur Eigenproduktion der Großeinkaufs-Gesellschaft wurde nach kurzer Diskussion angenommen.

Der Konsumverein Apolda berichtet über sein 35. Geschäftsjahr. Darnach betrug bei 2038 Mitgliedern der Gesamtumsatz des Vereins 522 732 M, der Reingewinn 69 810.97 M, wovon 6815.99 M auf die Erträgnisse der eignen Bäckerei entfallen. Ueber die Bäckerei läßt sich der Bericht in folgender Weise aus: Besonders hervorzuheben ist die gute Fortentwicklung unserer Bäckerei, hat doch der Umsatz im vorliegenden Geschäftsjahre die ansehnliche Summe von 72 555 M erreicht. An der Entnahme von Brot beteiligten sich laut Aufstellung 1331 Mitglieder, gegen 890 im Vorjahre. Der Zuwachs an Mitgliedern ist sicherlich mit auf die gute Qualität und das reelle Gewicht unseres Brotes zurückzuführen, ebenso hat unser Verein als Preisregulator in diesem Artikel für hiesige Stadt gedient, verkaufen wir doch schon seit langer Zeit das Pfund bestes reines Roggenbrot zu 10 ₰. Bei reichlichen Abschreibungen auf Gebäude, Maschinen und Geräte können wir unseren Mitgliedern trotzdem eine Bäckerei-Rückgewähr von 10 Proz. auszahlen, gewiß ein recht erfreuliches Resultat, welches hoffentlich nunmehr nicht nur alle Mitglieder, welche die Bäckerei noch nicht benutzten, anregen, sondern auch die dem Verein noch fernstehenden Familien, welche bisher bereits Brot bei uns kauften, zum Beitritt als Mitglied ermuntern wird. Gebacken wurde im Geschäftsjahr 1903 69 327 Brote a 50 ₰, 40 637 Brote a 100 ₰, ferner 1348 Stück Schnittchen, 890 Stück Kuchen usw.

Der Hemelinger Konsumverein hielt am 6. März seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem erstatteten Geschäftsbericht wurde ein Umsatz von 185 000 M erzielt, von dem 115 000 M auf die eigene Bäckerei entfallen. Der Reingewinn beträgt 23 670 Mark, von dem 4 pZt. Kapitalzins und 6 pZt. Rückvergütung gewährt werden.